

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Boris Meissner

Die marxistisch-leninistische
Lehre vom
„Staat der nationalen Demokratie“

Richard Löwenthal

Kommunismus
und nationale Revolution

B 10/63

6. März 1963

Boris Meissner, Dr. jur., Dipl.-Volkswirt, o. Professor für Ostrecht, Politik und Soziologie Osteuropas an der Universität Kiel. Vorsitzender und Direktor des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie) in Köln, geb. 10. August 1915 in Pleskau.

Der nachfolgende Aufsatz beruht auf einem Referat, das vom Verfasser auf der IV. Internationalen Sowjetkonferenz („Internationale Konferenz für Weltpolitik“) in Griechenland im September 1962 vorgelegt worden ist.

Richard Löwenthal, Dr. phil., o. Professor für die Wissenschaft von der Politik, insbesondere der Theorie und Geschichte der auswärtigen Politik an der Freien Universität Berlin, geb. 1908 in Berlin.

Der Beitrag dieser Ausgabe ist enthalten in: „Ostblock, EWG und Entwicklungsländer“. Hrsg. v. Prof. Dr. Erik Boettcher im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Der Band enthält die überarbeitete Fassung der Referate, die auf der Jahrestagung der Gesellschaft in Würzburg vom 24. bis 27. Oktober 1962 gehalten wurden.

In Kürze im Kohlhammer Verlag Stuttgart.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die marxistisch-leninistische Lehre vom „Staat der nationalen Demokratie“

I. Nationale Befreiungsbewegung und Weltrevolution

1. Lenin und die nationale Befreiungsbewegung

Die Befreiungsbestrebungen in den von den europäischen Mächten abhängigen überseeischen Ländern, die wir heute als Entwicklungsländer zu bezeichnen pflegen, sind bereits von Marx und Engels mit besonderem Interesse verfolgt worden.

Ihr Hauptaugenmerk galt dabei den revolutionären Vorgängen in China und Indien.

In ihrer Vorstellung von einer universellen Revolution kam den kolonialen und abhängigen Ländern keine besondere Bedeutung zu.

Sie gingen von der Annahme aus, daß die von ihnen angestrebte proletarische Revolution in den fortgeschrittenen westlichen Industrieländern, unter Einschluß der Vereinigten Staaten, annähernd gleichzeitig ausbrechen würde.

Die Frage, wie die Entwicklung außerhalb der westlichen Industrieländer weitergehen sollte, hielten sie nicht für wesentlich.

Sie waren der Auffassung, daß die proletarische Revolution auf Grund ihres universellen Charakters auch die Entwicklung der westlichen Welt „gänzlich verändern und sehr beschleunigen“ würde.

Die Durchführung der proletarischen Revolution war bei Marx und Engels an drei Grundvoraussetzungen gebunden:

1. an ein hochentwickeltes kapitalistisches Wirtschaftssystem und damit an die Reife zum Sozialismus;
2. an eine revolutionäre Situation, bei der eine gesamt-nationale Krise mit einem hohen Bewußtseinsgrad und organisatorischer Bereitschaft des Proletariats zusammenfiel;
3. an den, die einzelnen Ländergrenzen überspringenden internationalen Charakter des revolutionären Prozesses.

Gemäß dem marxistischen Ursprungskonzept konnte die kapitalistische Entwicklungsstufe ohne üble politische und ökonomische Folgen nicht übersprungen werden.

Die proletarisch-sozialistische Revolution setzte daher die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution voraus.

Dieses Zwei-Revolutionen-Schema ist von Lenin mit seiner 1916 entwickelten „Imperialismus“-Doktrin, die noch heute im Mittelpunkt der außenpolitischen Theorie des orthodoxen Marxismus-Leninismus steht, durchbrochen worden. Ihr lag die Feststellung zugrunde, daß der Kapitalismus in seiner monopolistischen und imperialistischen Erscheinungsform sich seit dem Ausgange des 19. Jahrhunderts zu einem Weltsystem entwickelt hätte.

Auf Grund seiner ungleichmäßigen Entwicklung und seiner inneren Widersprüche würde er weltweite Krisen und Kriege hervorrufen. Die Hegemoniebestrebungen der führenden Industrienächte würden zu einem verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und damit letzten Endes zu Eroberungskriegen führen. Diese seien vor allem auf eine Neuverteilung der Kapitalanlagegebiete und insbesondere des Kolonialbesitzes gerichtet.

Lenin bezeichnete den Imperialismus als „die Epoche der fortschreitenden Unterdrückung der Nationen der ganzen Welt durch eine Handvoll ‚Großmächte‘“, wobei er betonte, daß es nirgends in der Welt eine solche Unterdrückung der fremdstämmigen Mehrheit der Bevölkerung gebe wie in Rußland.

Auf Grund dieser Analyse sah Lenin das bürgerlich-kapitalistische Staatensystem als zusammenhängendes Ganzes für den revolutionären Umsturz als reif an.

Jede Schwächung des kapitalistischen Weltsystems mußte sich günstig für den Erfolg der proletarischen Revolution auswirken.

Daher war die Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Völker zu unterstützen, um diese „Reserven des Imperialismus“ in „Reserven der proletarischen Revolution“ zu verwandeln. Auf diese Weise sollte sich die

sozial-revolutionäre Bewegung mit der national-revolutionären zu einer Einheitsfront verbinden.

An die Stelle der Reife für die Revolution, die Marx und Engels nur bei den am höchsten industrialisierten Staaten als gegeben ansahen, trat so die günstige Gelegenheit zur Revolution, auch wenn es sich, wie im Falle Rußland, um ein halbfeudales Land handelte.

Für Lenin ist somit die „internationale sozialistische Revolution“, die er seit März 1917 als „Weltrevolution“ zu bezeichnen pflegte, ein Prozeß, der zeitlich eine ganze Epoche und räumlich die ganze Welt umfaßte.

Es kam nur darauf an, ihn durch die kommunistische Machtergreifung in einem Lande auszulösen und damit die „Kette des Imperialismus“ an ihrem schwächsten Glied zu zerbrechen.

Die „Imperialismus“-Doktrin Lenins weist eine politische und eine ökonomische Seite auf.

INHALT

I. Nationale Befreiungsbewegung und Weltrevolution

1. Lenin und die nationale Befreiungsbewegung
2. Stalin und die nationale Befreiungsbewegung
3. Chruschtschow und die nationale Befreiungsbewegung

II. Nationale Befreiungsrevolution und kommunistische Machtergreifung

III. Nationaler Befreiungskrieg und sowjetische Intervention

IV. Der nationaldemokratische Staat und die sowjetische Entwicklungshilfe

Bibliographie

Den politischen Thesen liegt seine eingehende Beschäftigung mit der „nationalen und kolonialen Frage“ und damit mit der Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Völker zugrunde.

Es handelt sich hier um einen originären Beitrag Lenins zur marxistisch-leninistischen Ideologie

Bei den ökonomischen Thesen ist Lenin dagegen wesentlich durch Gedankengänge Bucharins beeinflusst worden.

Lenin hat sich seit 1900 mit der Befreiungsbewegung in China, der Türkei, Persien, und

Indien und sogar Indonesien befaßt. Bereits im Mai 1913 wies er auf den weltweiten Charakter der nationalen Befreiungsbewegung hin und bezeichnete das Erwachen Asiens und den Beginn des Kampfes des europäischen Proletariats um die Macht als eine neue Seite der Weltgeschichte, die im 20. Jahrhundert aufgeschlagen worden sei.

Die politischen Thesen der „Imperialismus“-Doktrin sind von Lenin im wesentlichen von 1914 bis 1916 ausgearbeitet worden. Ihren Ausgangspunkt bildete die Feststellung, daß infolge der in Osteuropa und Asien seit 1905 eingebrochenen Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen die nationalen Befreiungsbewegungen einen gewaltigen Aufschwung genommen hätten.

Lenin sah in der nationalen Bewegung eine Begleiterscheinung der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, durch die nicht nur der äußerste Osten Europas, sondern auch der Orient und Asien erfaßt wurden.

Er unterschied infolgedessen je nach dem Entwicklungsstand der nationalen Bewegung drei verschiedene Typen von Ländern:

1. die fortgeschrittenen Länder im Westen Europas (und in Amerika), in denen die nationale Bewegung der Vergangenheit angehörte;
2. die Länder im Osten Europas, in denen sie der Gegenwart angehörte;
3. die Halbkolonien (China, Türkei, Persien) und Kolonien, in denen sie im wesentlichen der Zukunft angehörte.

Die in Kontinentaleuropa von 1789 bis 1871 gewonnenen Erfahrungen hatten gezeigt, daß die nationale Bewegung auf die Beseitigung der Fremdherrschaft und die Schaffung von Nationalstaaten gerichtet gewesen war. Lenin forderte daher, diese natürliche Entwicklung durch Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fördern und sie für die Zwecke der Weltrevolution nutzbar zu machen.

Er betonte, daß der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe von revolutionär-demokratischen Bewegungen verbunden sein würde.

Darunter würde den nationalen Befreiungsbewegungen der unterentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen eine besondere Bedeutung zukommen.

Bei der nationalen Befreiungsbewegung handelte es sich um eine Massenbewegung gegen die nationale Unterdrückung, die zwar von der Bourgeoisie geführt, aber hauptsächlich

von der bäuerlichen Bevölkerung getragen wurde.

Es kam daher entscheidend darauf an, daß die Ziele der nationalen Befreiungsbewegung mit einem revolutionären Agrarprogramm verbunden wurden. Damit wurde die Massenbasis geschaffen, die einer kommunistischen Minderheit trotz der Schwäche des Proletariats eine Machtergreifung ermöglichte.

Die Erkenntnis der Bedeutung der nationalen und kolonialen Frage hat den Bolschewisten unter Führung Lenins wesentlich geholfen, die Macht im russischen Vielvölkerstaat nicht nur zu ergreifen, sondern auch zu behaupten.

Es war Lenin selbst, der das Russische Reich 1916 nicht nur als ein „Völkergefängnis“, sondern auch als die zweitgrößte Kolonialmacht der Welt charakterisiert hat.

Bei aller Betonung der wichtigen Rolle der nationalen Befreiungsbewegung war Lenin anfangs nicht der Auffassung, daß den Entwicklungsländern für die Weltrevolution die gleiche Bedeutung zufallen würde wie den hochentwickelten Industriestaaten. Ein Aufstand der unterdrückten Völker gegen die britische Bourgeoisie erschien ihm noch 1916 „hundertmal“ wichtiger als ein Aufstand in Asien oder Afrika.

Die Enttäuschung über das Ausbleiben der Weltrevolution in Europa und die zunehmende Revolutionierung Asiens, insbesondere Chinas und Indiens, veranlaßten Lenin, die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung in den Entwicklungsländern wesentlich höher einzuschätzen. Er meinte auf dem III. Kongreß der Komintern 1921, daß die Befreiungsbewegung „vielleicht eine viel größere Rolle spielen wird, als wir erwarteten.“

Er war überzeugt, daß die Bauern der Kolonialländer in den folgenden Phasen der Weltrevolution sogar „eine sehr große revolutionäre Rolle spielen“ würden.

Er schrieb 1923, daß der Umweg über China und Indien, die mit Rußland zusammen die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung bildeten, den Endkampf zugunsten des Kommunismus entscheiden würde. Er begründete diese These damit, daß diese Mehrheit „in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hingerissen“ worden sei.

Auf dem VIII. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Rußlands 1919 war in Verbindung mit dem Parteiprogramm die Frage diskutiert worden, wer im Rahmen der nationalen Selbstbestimmung den Willen einer Nation zum Ausdruck bringen würde.

Lenin ging davon aus, daß sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker immer auf die Gesamtnation beziehen würde. Bucharin wandte sich unter Bezugnahme auf eine Äußerung Stalins auf dem III. Sowjetkongreß im Januar 1918 gegen diese Auffassung. Er erklärte, daß bei den entwickelten Völkern, bei denen sich das Proletariat als Klasse herausgebildet habe, nur von einem „Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Klassen jeder Nationalität“ die Rede sein könnte, nicht aber von dem Selbstbestimmungsrecht der Gesamtnation.

Anders würde es bei den unterentwickelten Ländern aussehen, dort könne die Losung des Selbstbestimmungsrechts Anwendung finden. Wörtlich erklärte Bucharin:

„Wenn wir für die Kolonien, für die Hottentotten und Buschmänner, Neger, Inder usw. die Losung „Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ herausgestellt haben, so werden wir nichts verlieren.

Im Gegenteil wir gewinnen, da der nationale Komplex als Ganzes dem ausländischen Imperialismus schaden wird.“

Infolge der scharfen Auseinandersetzung zwischen Bucharin und Lenin, wurde der Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Völker in das Parteiprogramm von 1919 nicht aufgenommen. Es war nur von der „völligen Gleichberechtigung der Nationen“ und der „Anerkennung des Rechts der Kolonien und der nicht gleichberechtigten Nationen auf staatliche Loslösung“ die Rede.

Zu der Frage, wer als Träger des auf Loslösung gerichteten Volkswillens anzusehen sei, wurde erklärt, daß die Antwort davon abhängen würde, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe sich die betreffende Nation befinden würde:

„auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen zur Sowjet- oder proletarischen Demokratie usw.“

Mit dieser vieldeutigen Formulierung wurde die Möglichkeit für beide Auslegungen offen gelassen.

Auf dem II. Kongreß der Komintern 1920 trat Lenin im Einklang mit dem Inder Roy dafür ein, die nationale Befreiungsbewegung in den „zurückgebliebenen Ländern“ in der Regel als eine „national-revolutionäre Bewegung“ und nicht als eine „bürgerlich-demokratische Bewegung“ zu bezeichnen. Lenin betonte, daß jede nationale Bewegung infolge der agrarischen Struktur der Entwicklungsländer nur eine bürgerlich-demokratische sein könne. Der neue Name sei aber gewählt worden, um

zwischen der revolutionären und reformistischen Bourgeoisie besser unterscheiden zu können. Die Kommunisten sollten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen nur unterstützen, wenn diese Bewegungen sich als wirklich revolutionär erweisen sollten.

2. Stalin und die nationale Befreiungsbewegung

Nach dem Tode Lenins ist seine weltrevolutionäre Theorie von Stalin in Verbindung mit seiner Lehre vom „Sozialismus in einem Lande“ nicht unwesentlich modifiziert worden. Lenin ging davon aus, daß die Welt seit der Oktoberrevolution in zwei Lager gespalten sei: ein „kapitalistisches“ und ein „sozialistisches“.

Damit war die Ausgangsposition umrissen. Der Sowjetkommunismus stand der nichtsovietischen Welt, die auf Grund der „Imperialismus“-Doktrin als grundsätzlich aggressiv charakterisiert wurde, in unversöhnlicher Feindschaft und in einem permanenten Kampfzustand gegenüber.

Die Zwei-Lager-Vorstellung und das damit verbundene Freund-Feind-Denken bildeten auch bei Stalin den Ausgangspunkt für seinen Beitrag zur außenpolitischen Theorie in der „Epoche der Weltrevolution“.

Das Kernstück seiner Lehre bildete die Feststellung, daß die Weltrevolution (ebenso wie die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung) ein langwieriger Prozeß sei, der in mehreren Phasen ablaufen würde, wobei sich Zeiten der revolutionären Flut mit Zeiten der revolutionären Ebbe abwechselten.

In Zeiten der Flut waren für Stalin die Sowjetarmee der Hauptträger der Weltrevolution. In Zeiten der Ebbe war es die kommunistische Weltbewegung mit ihren Hilfsorganisationen. Daneben fiel der Befreiungsbewegung der kolonialen und unabhängigen Völker die Funktion einer „Dritten Front“ zu, da sie das kapitalistische System im Rücken bedrohte. Im Rahmen der Stalinschen Revolutionslehre gehörte der Sicherheit der Sowjetunion als „Basis der Weltrevolution“ und „Vaterland aller Werktätigen“ in jedem Fall der Vorrang. Diese Basis müsse so stark sein, daß sie in der Lage war, in der Zeit der revolutionären Flut ihr volles Gewicht in die Waagschale der Entscheidung werfen zu können.

Der Begriff der „friedlichen Koexistenz“, der von Stalin 1927 geprägt wurde, bildete einen wesentlichen Teil dieser Konzeption. Er schirmte die „Basis der Weltrevolution“ in der

gefährlichen Ebbe-Zeit ab, um gleichzeitig den Boden für die Gezeitenwende vorzubereiten.

In seinen Vorlesungen „Über die Grundlagen des Leninismus“ (1924) ist Stalin, der sich bereits vor der Oktoberrevolution auf die Nationalitätenpolitik spezialisiert hatte, auf die nationale und koloniale Frage näher eingegangen. Er betonte, daß diese seit der Oktoberrevolution unter drei Gesichtspunkten eine völlig neue Bedeutung gewonnen habe.

1. Aus einer innerstaatlichen Sonderfrage sei sie zu einem Weltproblem der Befreiung der unterdrückten Völker der Kolonien und abhängigen Länder, d. h. von hunderten Millionen Menschen des afroasiatischen Raumes vom „Joch des Imperialismus“ geworden.

Nach Stalin habe der Leninismus die Scheidewand zwischen Weißen und Farbigen, zwischen Europäern und Asiaten niedergerissen und auf diese Weise die nationale Frage mit der Frage der Kolonien verknüpft.

Er behauptete, daß die Oktoberrevolution die erste Revolution gewesen sei, die die arbeitenden Massen der unterjochten Völker des Ostens aus ihrem jahrhundertealten Schlummer geweckt und in den gemeinsamen Kampf gegen den Weltimperialismus einbezogen habe.

Wir sahen bereits, daß Lenin der Revolution 1905 eine ähnliche Bedeutung zuschrieb. Außerdem wurden von Stalin die entscheidenden Auswirkungen des Ersten Weltkrieges für die nationale Befreiungsbewegung im afroasiatischen Raum nur am Rande gestreift.

2. Aus einer Teilfrage der bürgerlichen Revolution sei sie zu einer Teilfrage der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution und der proletarischen Diktatur geworden.

Stalin erklärte, daß die nationale und koloniale Frage „nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf dem Boden der proletarischen Revolution“ gelöst werden könne. Er zog aus dieser Feststellung den Schluß, daß der Weg zum Sieg der Weltrevolution im Westen nur über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und abhängigen Länder führen könne. An anderer Stelle bemerkte er, daß wenn Asien fiele, Europa bald nachfolgen würde.

In stärkerem Maße als Lenin war Stalin der Auffassung, daß mit der Abtrennung der Kolonien und abhängigen Länder von den industriell entwickelten Mutterländern die kapitalistische Welt in ihren Grundfesten erschüttert würde.

3. Die Lösung der nationalen und kolonialen Frage in der „Epoche der Weltrevolution“ könne nur mit Hilfe einer Strategie und Taktik erreicht werden, die sich den besonderen Bedingungen des nationalen Befreiungskampfes in den Kolonien und abhängigen Ländern anpassen würde. Dem Selbstbestimmungsrecht der Völker kam in diesem Zusammenhang als Kampfinstrument eine besondere Bedeutung zu.

Auf die von Stalin befürwortete revolutionäre Kampfführung in den Entwicklungsländern wird später noch näher einzugehen sein.

Sein Interesse für die Entwicklungsländer erlahmte, nachdem er mit dieser Kampfführung in China keinen Erfolg zu verzeichnen hatte.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb er gegenüber den Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung im afroasiatischen Raum zurückhaltend. Er betrachtete mit Mißtrauen auch alle jene Volksdemokratien, die sich, wie das titoistische Jugoslawien und das marxistische China, aus eigener Kraft auf der Grundlage einer kommunistisch geführten nationalen Befreiungsbewegung herausgebildet hatten.

3. Chruschtschow und die nationale Befreiungsbewegung

Unter Chruschtschow trat eine entscheidende Wendung in der Beurteilung der Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung für die Weltrevolution ein.

Im Zerfall des „imperialistischen Kolonialsystems“ und im Eintritt der Entwicklungsländer in die Weltpolitik erblickte er bereits auf dem XX. Parteikongreß der KPdSU 1956 neben der Entstehung des „sozialistischen Weltsystems“ das wichtigste Merkmal einer neuen Epoche, von der er die Verwirklichung des kommunistischen Endziels erwartet.

Die Zwei-Welten-Vorstellung Stalins und Shdanows, die eine Neutralität zwischen den beiden feindlichen Lagern grundsätzlich ausschloß, ist von ihm im Sinne einer Drei-Welten-Konzeption weiterentwickelt worden, welche die Neutralität unter bestimmten Bedingungen als zulässig erklärt.

Die weltrevolutionären Chancen in den Entwicklungsländern stellen nach Chruschtschow den Schlüssel zum Endsieg dar. Diese Chancen lassen sich nach ihm nur wahrnehmen, wenn dieser Zwischenwelt eine gewisse Ungebundenheit und Eigenständigkeit zugestanden, gleichzeitig aber die Bildung einer „Dritten Kraft“ verhindert wird.

Die Entwicklungsländer sollen daher mit den Ostblockstaaten zu einer „breiten Zone des Friedens“ im Sinne einer „antiimperialistischen Einheitsfront“ zusammengefaßt werden.

Bei dieser Friedenszone handelt es sich um die erste Stufe eines Verhältnisses, das schrittweise zur Gefolgschaft ausgestaltet, der kommunistischen Seite schließlich ein erdrückendes Übergewicht verschaffen soll.

In noch stärkerem Maße als Lenin und Stalin scheint Chruschtschow überzeugt zu sein, daß die Entscheidung im Kampf um die zukünftige Gestaltung der Welt in den Entwicklungsländern fällt.

Daher ist sowohl in der 81-Parteien-Erklärung vom Dezember 1960, als auch in dem neuen Parteiprogramm der KPdSU von 1961 ein ganzer Abschnitt der nationalen Befreiungsbewegung gewidmet.

In der 81-Parteien-Erklärung wird behauptet, daß die „Kräfte des Weltsozialismus“ wesentlich zum Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung in großen Teilen der Welt beigetragen hätten.

Auch die Entstehung von etwa vierzig neuen souveränen Staaten in Asien und Afrika sei durch sie wesentlich gefördert worden.

Bemerkenswert ist der Nachdruck, der auf den Entwicklungscharakter der lateinamerikanischen Länder gelegt wird. Es wird dabei betont, daß der Sieg der Revolution auf Kuba, „dem Kampf, den die Völker in den Ländern Lateinamerikas um völlige nationale Befreiung führen, einen mächtigen Auftrieb gegeben“ habe.

Auf die mit dem Begriff der „Friedenszone“ verbundene Konzeption wird im Parteiprogramm von 1961 mehrfach eingegangen.

Noch deutlicher als in der Erklärung von 1960 wird zum Ausdruck gebracht, daß mit der Eroberung der politischen Unabhängigkeit die nationale Befreiungsrevolution vom kommunistischen Standpunkt aus noch nicht zu Ende sei.

Diese Unabhängigkeit würde sich als fiktiv erweisen, „wenn die Revolution nicht zu tiefgehenden Wandlungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben führt und die dringenden Aufgaben der nationalen Wiedergeburt löst“.

Der größere Nachdruck wird daher heute weniger auf die neutrale Haltung der Entwicklungsländer als auf die Beseitigung der „Überreste des Kolonialismus“ und der „Wurzeln der imperialistischen Herrschaft“ gelegt.

Das Programm fordert, daß sich die Entwicklungsländer, die zur Zeit keinem der beiden

Lager angehörten, aus dem System der kapitalistischen Weltwirtschaft lösen sollen:

„Solange diese Länder nicht mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Imperialismus Schluß machen, werden sie die Rolle des „Dorfes der Welt“ spielen und ein Objekt halbkolonialer Ausbeutung bleiben.“

II. Nationale Befreiungsrevolution und kommunistische Machtergreifung

Lenin ging davon aus, daß die Erringung der staatlichen Unabhängigkeit durch die unterdrückten Völker und der Sturz der mit der Fremdherrschaft verbundenen Oberschicht nur gewaltsam, d. h. in Form einer nationalen Befreiungsrevolution oder eines nationalen Befreiungskrieges erfolgen könne.

Da es sich bei der nationalen Befreiungsrevolution um eine bürgerlich-demokratische Revolution handelte, mußte die Führung des Befreiungskampfes zunächst der Bourgeoisie zufallen.

Seit dem II. Kongreß der Komintern unterschied er dabei zwischen einer revolutionären und einer reformistischen Bourgeoisie.

Nur der ersten wurde ein Streben nach wirklicher nationaler Unabhängigkeit bescheinigt, während die zweite der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie der imperialistischen Länder bezichtigt wurde.

Die Kommunisten durften nur mit der revolutionären Bourgeoisie, auf deren Zusammensetzung von Lenin nicht näher eingegangen wurde, und den Bauern ein zeitweiliges Bündnis im Befreiungskampf bilden.

Lenin knüpfte an diese Teilnahme die Bedingung, daß die organisatorische Eigenständigkeit der Kommunisten gewahrt blieb. Sie sollten gesammelt und „in dem Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation, erzogen werden.“

Außerdem sprach sich Lenin für die Bildung von Bauernsowjets aus, deren Führung durch die Kommunisten übernommen werden sollte. Er war der Auffassung, daß der Gedanke der Sowjetorganisation einfach sei und daher nicht nur auf proletarische, sondern auch auf bürgerliche, feudale und halbfeudale Verhältnisse angewandt werden könne.

Lenin vertrat ferner die These, daß die Entwicklungsländer mit Hilfe des „Proletariats

Die Umgestaltung der nationalen Befreiungsbewegung zu einer nationaldemokratischen wird in beiden kommunistischen Dokumenten als die Grundvoraussetzung für die Vollen- dung der „antiimperialistischen, antifeudalen, demokratischen Revolution“ und den Übergang zu einer sozialistischen Entwicklung und damit zu einer volksdemokratischen Ordnung angesehen.

der forgeschrittensten Länder“, d. h. vor allem Sowjetrußlands „zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen können, ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen.“ Bei „planmäßiger Propaganda“ und Hilfe „mit allen verfügbaren Mitteln“ könnte die kapitalistische Entwicklungsstufe wie in Rußland übersprungen werden.

Die Gedankengänge Lenins über die Strategie und Taktik der nationalen Befreiungsrevolution sind von Stalin 1925 in einem Vortrag vor Studenten der „Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens“ näher ausgebaut worden. Stalin ging im Vortrag von folgender Lagebeurteilung aus:

Die werktätige Bevölkerung in den kolonialen und abhängigen Ländern sei einer doppelten Unterdrückung durch die eigene und die fremde Bourgeoisie ausgesetzt. Dadurch würde die revolutionäre Krise verschärft. Außerdem habe sich in einigen dieser Länder, wie z. B. Indien, der Kapitalismus in einem schnellen Tempo entwickelt und mit ihm sei ein einheimisches Proletariat entstanden.

Mit dem Anwachsen der revolutionären Bewegung habe sich die Bourgeoisie in zwei Teile gespalten, in einen revolutionären (Kleinbourgeoisie) und in einen kompromiß- lichen (Großbourgeoisie). Gegen die Verbindung des Imperialismus mit der kompromiß- lichen Bourgeoisie richte sich das anti- imperialistische Bündnis der Arbeiter und der revolutionären Kleinbourgeoisie mit dem Ziel der vollständigen Befreiung vom Imperialismus.

Aus dieser Analyse zog Stalin folgende Schlüsse:

1. Die Befreiung der kolonialen und abhängigen Länder setze eine gewaltsame Revolution voraus;
2. Der Sieg der Revolution in den kapitalistisch entwickelten Kolonialländern und die

Erringung der völligen Unabhängigkeit könne nur erreicht werden, wenn es gelingen würde, die kleinbürgerlichen Massen vom Einfluß der kompromißlerischen nationalen Bourgeoisie zu lösen und sie der Führung des Proletariats zu unterstellen.

Daher ist für Stalin die Isolierung der Großbourgeoisie und die Hegemonie des Proletariats, die wiederum das Vorhandensein einer kommunistischen Parteiorganisation voraussetzt, die für den weiteren Verlauf der nationalen Befreiungsrevolution entscheidende Lebensfrage;

3. Der Sturz des Imperialismus könne nur bei einem „realen Zusammenschluß“ der nationalen Befreiungsbewegung der kolonialen und abhängigen Länder mit der proletarischen Bewegung in den fortgeschrittenen Ländern des Westens erreicht werden.

Im Rahmen dieser strategischen Grundkonzeption habe sich die revolutionäre Taktik dem jeweiligen Stand der Entwicklung des Proletariats in den einzelnen Ländern anzupassen.

Stalin unterschied hierbei drei Ländergruppen:

- a) Länder, wo es noch kein eigenes Proletariat gibt und wo sich die „Bourgeoisie“ noch nicht in einen revolutionären und einen kompromißlerischen Flügel gespalten hat, wie z. B. in großen Teilen Afrikas. Hier beschränkte sich die Aufgabe der kommunistischen Elemente auf die Schaffung einer nationalen Einheitsfront gegen den Imperialismus.

Erst in einem weiteren Entwicklungsstadium sollten sie sich zu einer eigenen Partei zusammenschließen;

- b) Länder, wo ein eigenes Proletariat besteht und wo sich die Bourgeoisie bereits gespalten hat, wo andererseits noch keine feste Blockbildung zwischen der kompromißlerischen Bourgeoisie und dem Imperialismus vorliegt.

Stalin führte als Beispiele Ägypten und China an. In einer solchen Situation sollten die Kommunisten einen Block der Arbeiter mit der revolutionären Kleinbourgeoisie bilden, der unter Umständen den Charakter einer umfassenden nationalen Partei annehmen sollte. Im Rahmen einer solchen nationalen Einheitsfrontpolitik sollten die Kommunisten sich das Recht vorbehalten, die proletarischen Elemente selbständig zu organisieren, die revolutionäre Befreiungsbewegung voranzutreiben und die Halbheit und Inkonsequenz der nationalen Bourgeoisie

oisis im Kampf gegen den Imperialismus anzuprangern;

- c) Länder, wo die kompromißlerische Bourgeoisie zur Wahrung ihrer Klasseninteressen auf Kosten der Interessen ihrer eigenen Nation eine feste Verbindung mit dem Imperialismus eingegangen ist.

Bei einer solchen Konstellation forderte Stalin die Schaffung eines antiimperialistischen Blocks mit der revolutionären Bourgeoisie und den bäuerlichen Massen, die mit dem Proletariat fest zusammengeschlossen werden sollten.

Im Falle China sah die Praxis wesentlich anders aus wie die Theorie.

Mit dem „inneren Block“ zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei Chinas wurde Lenins Grundbedingung der völligen Autonomie der Kommunisten bei einem Bündnis mit der revolutionären Bourgeoisie, die auch von Stalin gefordert wurde, bereits 1923 preisgegeben.

Die Idee des „inneren Blocks“ stammte von Sun Yat-sen und sah eine doppelte Parteimitgliedschaft der Kommunisten vor. Ohne ihre Mitgliedschaft bei der KPCh aufzugeben, gehörten sie gleichzeitig der KMT an. Ein Loyalitätskonflikt war bei dieser Konstruktion unvermeidlich.

Bei der Bourgeoisie lag das Schwergewicht naturgemäß bei den im Unterschied zu Stalin als „nationale Bourgeoisie“ bezeichneten revolutionären Teilen des Großbürgertums und der Intelligenz, und nicht beim städtischen Kleinbürgertum.

Die revolutionären Möglichkeiten der Bauernschaft, auf die Stalin selbst in seiner Schrift „Über die Perspektiven der Revolution in China“ im November 1926 hingewiesen hatte, wurden unterschätzt.

Stalin schreibt:

„Ich weiß, daß es unter den Kuomintang-Anhängern und sogar unter den chinesischen Kommunisten Leute gibt, die die Entfesselung der Revolution auf dem flachen Lande nicht für möglich halten, weil sie fürchten, die Einbeziehung der Bauernschaft in die Revolution würde die antiimperialistische Einheitsfront untergraben.“

Das ist der große Irrtum, Genossen. Die antiimperialistische Front in China wird um so stärker und mächtiger sein, je rascher und gründlicher sich die chinesische Bauernschaft in die Revolution einfügt.“

Stalin hat somit die revolutionäre Bedeutung der chinesischen Bauernschaft durchaus richt-

tig erfaßt. Seine Anordnungen wurden der tatsächlichen Lage in keiner Weise gerecht. Außerdem waren die chinesischen Kommunisten der Kuomintang nicht gewachsen.

Der Staatsstreich Tschiang Kai-scheks vom 12. April 1927 wurde von Stalin als Verrat der nationalen Bourgeoisie interpretiert. Die kurzlebige Einheitsfront mit dem linken Flügel der Kuomintang unter Wang Tsching-wei wurde als ein revolutionärer Dreiklassenblock (Kleinbürgertum, Arbeiter, Bauern) hingestellt. Nach dem Bruch mit der „kleinbürgerlichen“ Wuhan-Regierung wurden auf Veranlassung von Stalin kurz nacheinander zwei neue Taktiken eingeschlagen, die beide in Widerspruch zu seinen eigenen strategisch-taktischen Grundsätzen standen und eine unmittelbare Machtergreifung durch die Kommunistische Partei Chinas bezweckten.

Mit der Kanton-Kommune im Dezember 1927 wurde die Bildung eines städtischen Rätestaates in China angestrebt. Als diese Taktik scheiterte, wurde der Versuch unternommen, die verlorengegangene proletarische Klassenbasis durch Eroberung der Städte mit Hilfe von Bauernheeren wiederzugewinnen (Li Lisan-Linie).

Nach dem mißglückten Überfall auf Tschangsha im Juli 1930 mußte auch diese abenteuerliche Politik aufgegeben werden. Erst jetzt sollte jene Strategie und Taktik zum Zuge kommen, die von Mao Tse-tung propagiert wurde.

Sie sah die Schaffung ländlicher Stützpunkte (Chinesische Räterepublik in Kiangsi) und die Umzingelung der Städte vor.

Die entscheidende Abweichung Mao Tse-tungs, der in seiner ersten bekannten Schrift vom März 1926 eine weitaus präzisere Klassenanalyse als Stalin vorlegte, lief darauf hinaus, daß er im Unterschied zu Lenin und Stalin in den Bauern eine revolutionäre Hauptkraft und nicht nur eine bedeutsame Hilfskraft des Proletariats erblickte. Nach Mao Tse-tung bildeten die „armen Bauern“ die „revolutionäre Avantgarde“ der nationalen Befreiungsrevolution. In seinem bekannten Bericht über eine Untersuchung der Bauernbewegung in Hunan im März 1927 hat er diese These näher begründet.

Bei der Bewertung des Anteils der einzelnen sozialen Gruppen an der Durchführung der „demokratischen Revolution“ bewertete er die Leistungen der Stadtbewohner und der Militärs nur mit drei Punkten, der Bauern auf dem Lande dagegen mit sieben Punkten.

Die Gleichsetzung der „armen Bauern“ als „revolutionäre Avantgarde“ mit dem städtischen

Proletariat und ihre Erhebung zur revolutionären Hauptkraft bildete die theoretische Basis für den Aufstieg Maos zur Macht.

Die Bildung einer Volksfront zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Kuomintang in Gestalt einer antijapanischen Einheitsfront im Jahre 1937 erfolgte auf der Grundlage eines „äußeren Blocks“.

Die Kommunistische Partei Chinas sicherte sich ihre organisatorische Eigenständigkeit und behielt die Kontrolle über die von ihr beherrschten Gebiete und ihre eigenen Streitkräfte bei.

Eine wesentliche Rolle bei der kommunistischen Machtergreifung in China spielte die geschickte Taktik, die von Mao Tse-tung mit seinen bekannten Schriften „Über die neue Demokratie“ (1940) und „Über die Koalitionsregierung“ (1945) eingeschlagen wurde.

In diesen Schriften wurde von Mao Tse-tung die These aufgestellt, daß im Stadium der bürgerlich-demokratischen Revolution zwischen einem alten und einem neuen Revolutionstypus zu unterscheiden sei. Der eine würde in einem Zusammenhang mit der bürgerlich-demokratischen Weltrevolution, der andere mit der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution stehen.

Die altdemokratische Revolution sei durch die Führung der Bourgeoisie gekennzeichnet. In der neudemokratischen Revolution würde dagegen dem Proletariat „ganz oder teilweise“ die Führung zufallen.

Die neudemokratische Revolution würde die erste Entwicklungsstufe der kolonialen oder halbkolonialen Revolution darstellen.

Die Bezeichnung „neudemokratische Revolution“ wurde auch nach der Errichtung der Volksrepublik China beibehalten. Der Eintritt in das von Mao Tse-tung bereits 1940 vorgesehene zweite Stadium der „sozialistischen Revolution“ erfolgte erst 1955 mit dem Beginn der Kollektivierung.

Der Begriff der „nationaldemokratischen Revolution“, der seit der 81-Parteien-Erklärung von 1960 auf die nationale Befreiungsrevolution in den Entwicklungsländern angewandt wird, geht unverkennbar auf Mao Tse-tungs Vorstellung einer „neudemokratischen Revolution“ zurück.

Für die sowjetischen Ideologen bedeutete es eine gewisse Schwierigkeit, einen systematischen Zusammenhang zwischen den revolutionären Vorgängen in Europa und Asien herzustellen, die zur Bildung der „Länder der Volksdemokratie“ und damit zur Schaffung des „sozialistischen Weltsystems“, das des

öfteren auch als „sozialistische Gemeinschaft“ bezeichnet wird, geführt hatten.

Die Volksdemokratie ist gemäß der sowjetischen Staats- und Gesellschaftslehre das Ergebnis national- und sozial-revolutionärer Kräfte, wobei sich in ihrer Entwicklung zwei Revolutionstypen ablösen.

Das erste Stadium ist durch eine allgemeindemokratische Volksrevolution bestimmt, d. h. eine bürgerliche Revolution mit starkem sozialistischem Einschlag.

Dabei wird zwischen der Entwicklung in Europa und Asien unterschieden. In Europa würde es sich im ersten Stadium um eine „antifaschistische volksdemokratische Revolution“ handeln, in Asien um eine „nationaldemokratische Befreiungsrevolution.“

Die volksdemokratische Revolution wird als ein ununterbrochener revolutionärer Prozeß dargestellt, in dessen Verlauf die anfängliche bürgerlich-demokratische Revolution allmählich in die sozialistische „hinüberwachsen“ würde.

Nicht jede nationale Befreiungsrevolution ist als eine national-demokratische anzusehen. Die nationale Befreiungsrevolution weist nach sowjetischer Auffassung zwei Spielarten auf:

1. im ersten Fall handelt es sich um eine nur lockere Verbindung zwischen der nationalen Befreiungsrevolution und der „antifeudalen Agrarrevolution“. Diese Form wird als die Anfangsetappe einer „antiimperialistischen, demokratischen Revolution“ angesehen;
2. im zweiten Fall ist eine enge Verbindung der nationalen Befreiungsrevolution mit der „antifeudalen Agrarrevolution“ zu einer antiimperialistischen nationaldemokratischen Revolution“ gegeben.

Nur, wenn die alleinige Hegemonie der Arbeiterklasse und damit der Kommunistischen Partei vorliegt, ist die national-demokratische Revolution als die erste Entwicklungsstufe der volksdemokratischen Revolution anzusehen. Diese Eigenschaft besitzt z. B. der „Fidelismus“ trotz seiner nationaldemokratischen Wesenszüge nicht. Fidel Castro wird infolgedessen von den Sowjetrussen als das „seltene Beispiel eines Führers der antiimperialistischen patriotischen Bewegung des Kleinbürgertums“ angesehen.

Als soziale Grundlage der nationaldemokratischen Revolution wird von sowjetischer Seite ein Bündnis aller revolutionären Klassen unter Einschluß der „nationalen Bourgeoisie“ angesehen.

Die revolutionäre Rolle der „nationalen Bourgeoisie“ ist bisher von Mao Tse-tung auf Grund der chinesischen Erfahrungen wesentlich skeptischer beurteilt worden als von Chruschtschow. Den Chinesen gelang es, die von ihnen angeprangerte Unzuverlässigkeit der nationalen Bourgeoisie in der 81-Parteien-Erklärung von 1960 mit folgenden Worten zu fixieren:

„Je mehr sich die sozialen Gegensätze verschärfen, desto mehr neigt die nationale Bourgeoisie dazu, mit der inneren Reaktion und dem Imperialismus zu pak-tieren.“

Die gleiche Äußerung findet sich auch im neuen Parteiprogramm der KPdSU, in der die „zweispältige Natur“ der nationalen Bourgeoisie besonders unterstrichen wird. Gleichzeitig wird aber betont, daß die nationale Bourgeoisie ihre „fortschrittliche Rolle“ noch nicht ausgespielt habe und daß ihre Fähigkeit, an der Lösung der dringenden allgemein-nationalen Aufgaben teilzunehmen, „noch nicht erschöpft sei.“

Im Parteiprogramm wird gefordert, daß das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zum Kern einer umfassenden nationalen Front werden müsse.

Von der Festigkeit dieses Bündnisses würde der Grad abhängen, in dem die nationale Bourgeoisie am „antiimperialistischen und antifeudalen Kampf“ teilnehmen würde.

Als fünften Bündnispartner (neben dem städtischen Kleinbürgertum) erwähnt das Programm die „demokratische Intelligenz“.

Neben der Unzuverlässigkeit der „nationalen Bourgeoisie“ als Bündnispartner scheint das Problem des Nationalismus in den Entwicklungsländern dem Vordringen des Kommunismus besondere Schwierigkeiten zu bereiten.

Das Programm unterscheidet zwei Seiten des Nationalismus und bemerkt dazu:

„In vielen Ländern verläuft die Befreiungsbewegung der erwachten Völker unter dem Banner des Nationalismus. Die Marxisten-Leninisten unterscheiden zwischen dem Nationalismus unterdrückter Nationen und dem Nationalismus unterdrückender Nationen.

Der Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemeindemokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und die Kommunisten unterstützen ihn, da er ihrer Ansicht nach auf einer bestimmten Etappe historisch gerechtfertigt ist.

Ausdruck dieses Inhalts ist das Streben der unterdrückten Völker nach Befreiung vom imperialistischen Joch, nach nationaler Unabhängigkeit und nationaler Wiedergeburt. Zugleich hat der Nationalismus einer unterdrückten Nation auch eine andere Seite, in der die Ideologie und die Interessen der reaktionären Oberschicht von Ausbeutern zum Ausdruck kommen.“

Das Programm läßt nicht erkennen, ob Moskau trotz dieser Gefahren des Nationalismus das baldige Ende der Bündnispolitik mit der „nationalen Bourgeoisie“ als gegeben ansieht. Infolgedessen dürfte es sich weiterhin gegen alle Versuche Pekings wenden, die in China erprobten revolutionären Methoden auf die Entwicklungsländer zu übertragen.

Einer der hauptsächlichsten Streitpunkte zwischen Moskau und Peking besteht in der Frage, ob beim nationalen Befreiungskampf und der kommunistischen Machtergreifung in den Entwicklungsländern in stärkerem oder geringerem Maße Gewalt angewandt werden soll.

Die 81-Parteien-Erklärung bemerkt, daß sich die Intensität des nationalen Befreiungskampfes nach den konkreten Verhältnissen rich-

ten würde. Die Kolonialvölker würden ihre Unabhängigkeit entweder durch „militärischen Kampf“ oder auf „nichtmilitärischem Wege“ erkämpfen.

Der „nichtmilitärische Weg“ wird in der Regel als ein revolutionärer und damit gewaltsamer angesehen.

Die Notwendigkeit nichtkriegerischer Gewaltanwendung wird mit dem Satz begründet:

Die Kolonialmächte schenken den Völkern der Kolonien die Freiheit nicht und denken nicht daran, aus den von ihnen ausgebeuteten Ländern freiwillig abzuziehen.“

Diese ideologische Behauptung steht in einem deutlichen Widerspruch zu der tatsächlichen Entwicklung, die sich in der Nachkriegszeit im kolonialen Bereich vollzogen hat. Was die kommunistische Machtergreifung betrifft, so zeigt ein entsprechender Abschnitt im Parteiprogramm von 1961, daß die Verneinung der Unvermeidbarkeit von internationalen Kriegen und die Anerkennung vielfältiger Übergangsformen zum Sozialismus an sich noch keine prinzipielle Absage an die Notwendigkeit eines revolutionären Umsturzes, gegebenenfalls auch in Form eines bewaffneten Aufstandes, bedeutet.

III. Nationaler Befreiungskrieg und sowjetische Intervention

Als „nationale Befreiungskriege“ bezeichnete Lenin Kriege, die gegen die nationale Unterdrückung gerichtet waren und dazu dienten, eine Politik der nationalen Befreiung durchzusetzen.

Er sah sie infolgedessen als „fortschrittlich“ und „revolutionär“ und damit „gerecht“ an. Für ihn waren sie nicht nur möglich und wahrscheinlich, sondern auch unvermeidlich. Lenin rechnete vor allem mit nationalen Kriegen im kolonialen Bereich, schloß aber Befreiungskriege in Europa keineswegs aus. Er war außerdem der Auffassung, daß ein nationaler Krieg leicht in einen imperialistischen umschlagen könne und umgekehrt (französische Revolutionskriege — napoleonische Eroberungskriege).

An dieser Grundeinstellung, die von Stalin geteilt wurde, hat sich unter Chruschtschow nichts geändert. Chruschtschow unterscheidet, wie aus seiner Rede vom 6. Januar 1961 hervorgeht, drei Arten von Kriegen:

1. Weltkriege;
2. lokale Kriege;
3. Befreiungskriege und Volksaufstände.

Nur bei den beiden ersten Kriegsarten, die er als „internationale Kriege“ charakterisiert, hält Chruschtschow eine Verhütung für möglich. Aber auch hierbei macht er mit Rücksicht auf den abweichenden chinesischen Standpunkt Einschränkungen. So hält er lokale Kriege auch in Zukunft nicht für ausgeschlossen, wenn auch die Möglichkeit, solche Kriege zu entfesseln, seiner Meinung nach „immer mehr eingeengt“ würde. Im Gegensatz zu den „internationalen Kriegen“ sieht er „nationale Befreiungskriege“ und „revolutionäre Volkshebungen“ nicht nur als unvermeidbar, sondern auch als notwendig an.

Chruschtschow sagte:

„Befreiungskriege wird es geben, solange der Imperialismus existiert, solange der Kolonialismus existiert. Das sind revolutionäre Kriege. Solche Kriege sind nicht nur zulässig, sondern auch unausbleiblich, da die Kolonialherren den Völkern nicht aus freien Stücken die Unabhängigkeit gewähren. Darum können die Völker ihre Freiheit und Unabhängigkeit nur im bewaffneten Kampf erringen.“

Zu den revolutionären Volkserhebungen erklärte er, ohne zu merken, daß er damit die Volksaufstände in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1953) und Ungarn (1956) rechtfertigte:

„Können sich in anderen Ländern Verhältnisse ergeben, bei denen dem Volke die Geduld reißt und es sich mit der Waffe in der Hand erhebt? Gewiß. Wie ist die Einstellung der Marxisten zu solchen Aufständen? Eine höchst positive. Diese Aufstände darf man den Kriegen zwischen Staaten, den lokalen Kriegen, nicht gleichsetzen, denn bei diesen Aufständen kämpft das Volk um sein Recht der Selbstbestimmung, auf seine soziale und unabhängige nationale Entwicklung. Das sind Aufstände gegen verrottete reaktionäre Regime, gegen die Kolonialherren. Die Kommunisten unterstützen solche gerechten Kriege voll und ganz und schreiten in der ersten Reihe der Völker, die Befreiungskriege führen.“

Im Einklang mit diesen Äußerungen Chruschtschows wird in dem Parteiprogramm der KPdSU von 1961 erklärt, daß die Kommunistische Partei und das ganze Sowjetvolk es als ihre Pflicht ansehen würden, „den heiligen Kampf der unterdrückten Völker und ihre gerechten Befreiungskriege gegen den Imperialismus zu unterstützen.“

Indem sich die KPdSU für die prinzipielle Unterstützung einer bestimmten Kriegsart ausspricht, wobei sie sich im Grunde genommen vorbehält, selber zu bestimmen, welcher Krieg als „Befreiungskrieg“ anzusehen ist oder nicht, beschwört sie eine große Gefahr für den Weltfrieden herauf. Ein „Befreiungskrieg“ kann sich genauso leicht und genauso schnell zu einem Weltbrand ausweiten wie ein begrenzter, lokaler Krieg, den die Sowjetrussen im Unterschied zu den Chinesen für vermeidbar ansehen.

Die sowjetische Kriegslehre erklärt aber nicht nur nationale Befreiungskriege, sondern auch Bürgerkriege, die von kommunistischen Parteien ausgelöst werden, zu gerechten Befreiungskriegen und fordert ihre Unterstützung durch die Sowjetmacht und die kommunistische Weltbewegung.

Auf die Frage, wie diese „brüderliche Hilfe“ zum Ausdruck kommen soll, antwortete Stalin im Anklang an Lenin:

„Sie muß darin zum Ausdruck kommen, daß das siegreiche Land das Höchstmaß dessen durchführt, was in einem Lande für

die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist.“

Sowjet-Rußland hat zu Lebzeiten Lenins militärische Interventionen auf Grund von Hilfsersuchen bolschewistischer Revolutionskomitees, die als Gegenregierungen auftraten, in den folgenden „kolonialen und halbkolonialen Ländern“ durchgeführt: Aserbeidschan (1920), Armenien (1920), Georgien (1921), Iran (1920), China (1920), Buchara (1920), Mongolei (1921), Tuwa (1921).

In allen Fällen wurde durch das Eingreifen der Roten Armee der Sturz der legalen örtlichen Regierung und die Machtergreifung einer kommunistischen Minderheit ermöglicht. Aus der Zeit Stalins wäre auf die Errichtung der kurzlebigen Ost-Turkestanischen Republik (1944—1949) in Sinkiang und der Aserbeidschanischen Demokratischen Republik (1945—1946) im Iran und die Annexion der Volksrepublik Tannu Tuwa 1944 verwiesen.

Vom sowjetischen Völkerrechtler Korowin ist die gewaltsame sowjetische Einmischung im Kaukasus mit der Begründung als „fortschrittlich“ qualifiziert worden, daß die Intervention unter gewissen Bedingungen zum bedeutsamen Mittel des Fortschritts, zum chirurgischen, die Geburtswehen der neuen Welt erleichternden Eingriff, werden könne.

Im Einklang mit diesen Ausführungen wurde in der Großen Sowjetenzyklopädie (1. Aufl.) zum Fall Georgien, das mit Sowjet-Rußland durch einen Freundschaftsvertrag verbunden gewesen war, erklärt:

„Mit gleichem Recht kann auch unsere bewaffnete Intervention im revolutionären Kampf des georgischen Proletariats mit der menschewistischen Macht im Jahre 1921 zu dieser Kategorie (der gerechten Revolutionskriege — der Verf.) gezählt werden, da sie auf Einladung des aufständischen Proletariats erfolgte, das um Hilfe bat.“

Auch die Unterdrückung der ungarischen Volkserhebung 1956 ist von sowjetischer Seite als Gewährleistung „brüderlicher Hilfe“ in Erfüllung der sich aus dem „sozialistischen Internationalismus“ ergebenden „proletarischen Pflicht“ bezeichnet worden.

Ein weiteres Beispiel ist die Unterstützung Nord-Koreas durch die Volksrepublik China.

Diese Beispiele zeigen, daß es zwei Arten von kommunistischer Intervention gibt, die sich aus dem Grundsatz der proletarisch-sozial-

stischen Hilfe, der mit dem Prinzip des proletarisch-sozialistischen Internationalismus aufs engste verbunden ist, ergeben. Die eine Art ist auf die Machtergreifung in einem bisher nichtkommunistischen Land gerichtet, wobei des öfteren die einzelnen Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung gegeneinander ausgespielt werden. Die zweite Art bezweckt die Erhaltung eines bestehenden kommunistischen Regimes, gegebenenfalls unter gewaltsamer Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung.

Bemerkenswert ist, daß in den „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ im Falle von Ko-

rea und Vietnam festgestellt wird, daß der nationale Befreiungskampf „solange nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, wie er nicht durch die Wiederherstellung der nationalen Einheit dieser Länder gekrönt wird.“ Daß bei dieser Bemerkung an eine Einheit unter kommunistischen Vorzeichen gedacht ist, geht daraus hervor, daß in Nord-Vietnam inzwischen die nationaldemokratische Phase der volksdemokratischen Revolution abgeschlossen ist, während die kommunistische Partisanenbewegung in Süd-Vietnam als eine nationaldemokratische Befreiungsbewegung bezeichnet wird.

IV. Der nationaldemokratische Staat und die sowjetische Entwicklungshilfe

In den Anfang 1960 erschienenen „Grundlagen des Marxismus-Leninismus“ wurde unter Bezugnahme auf ein diesbezügliches Lenin-Zitat erklärt, daß die Befreiungsbewegung in den Ländern Asiens, Südamerikas, Afrikas und des Mittleren Ostens mit ihren ausgeprägten Besonderheiten und spezifischen nationalen Traditionen „neue Formen der politischen Macht der Werktätigen hervorbringen“ würde.

In der 81-Parteien-Erklärung von Ende 1960 wurde als eine solche Form der „unabhängige Staat der nationalen Demokratie“ präsentiert.

Dieser besondere Staatstyp wird von sowjetkommunistischer Seite als das Instrument bezeichnet, das es der nationalen Befreiungsbewegung in ihrer nationaldemokratischen Entwicklungsphase ermöglichen soll, einen nichtkapitalistischen Weg einzuschlagen. Dieser soll im Verlauf der weiteren Entwicklung in den sozialistisch-kommunistischen Weg einmünden.

Gemäß der 81-Parteien-Erklärung von 1960 soll der nationaldemokratische Staat folgende Eigenschaften aufweisen:

1. er verteidigt „konsequent seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit“

Zu diesem Zweck sind in der Erklärung in einer Erläuterung des sowjetischen Parteisekretärs Ponomarjow folgende Maßnahmen vorgesehen:

- a) Kampf gegen den „Imperialismus“ und seine Militärblocks;
- b) Kampf gegen die Militärstützpunkte auf dem Territorium des jeweiligen Landes;
- c) Kampf für das Souveränitätsprinzip, d. h. gegen jede Übertragung von Hoheitsrechten an internationale Organisationen;

- d) Beseitigung der „Vorherrschaft des ausländischen Kapitals“ in der Wirtschaft;
- e) Liquidierung der „nicht gleichberechtigten wirtschaftlichen Beziehungen“ zu den entwickelten „kapitalistischen Ländern“;
- f) Forcierung des Aufbaus einer nationalen Industrie und Landwirtschaft bei Beseitigung der „Überreste des Mittelalters“ und der einseitigen wirtschaftlichen Struktur des Landes;
- g) Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen und des kulturellen Niveaus der Bevölkerung.

2. er kämpft „gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals.“

In dem Parteiprogramm der KPdSU wird behauptet, daß die als „Imperialisten“ bezeichneten westlichen Mächte „die koloniale Ausbeutung der Völker durch Anwendung neuer Methoden und in neuen Formen aufrechtzuhalten“ versuchten.

Sie würden die Entwicklungshilfe dazu benutzen, um „in diesen Ländern ihre alten Positionen zu bewahren und neue an sich zu reißen, ihre soziale Basis zu erweitern, die nationale Bourgeoisie zu gewinnen, Militärdespotien zu errichten und gefügige Marionetten ans Ruder zu bringen.“ Der „Neokolonialismus“ würde vor der Anwendung verwerflichster Mittel nicht zurückscheuen und die „vergiftete Waffe des Nationalhaders und der Stammesfehden“ benutzen, „um die nationale Befreiungsbewegung zu spalten.“

Dadurch würde die staatliche Unabhängigkeit der Entwicklungsländer immer mehr ausgehöhlt. Sie würde eine reine Formsache werden.

3. er lehnt „die diktatorischen und despotischen Formen der Verwaltung“ ab

Ponomarjow erklärte, daß die Oberschicht der nationalen Bourgeoisie und der Gutsbesitzer nach Erlangung der nationalen Unabhängigkeit bestrebt sei, „eine reaktionäre, antidemokratische Ordnung“ im Lande zu errichten.

Eine solche Politik würde „zur Einengung der sozialen Basis im Kampf gegen die ausländischen Imperialisten“ und schließlich zum „Verlust der staatlichen Unabhängigkeit“ führen.

4. er sichert die demokratischen Grundrechte und Freiheiten sowie tiefgehende soziale Reformen

Ponomarjow zählt folgende Grundrechte und Freiheiten auf, die in der Sowjetunion selbst in keiner Weise gewährleistet sind:

- a) die Meinungsfreiheit (einschließlich der Pressefreiheit)
- b) die Versammlungsfreiheit (einschließlich des Rechts, Demonstrationen zu veranstalten)
- c) das Recht auf Schaffung politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen

Dieses Recht soll vor allem die Zulassung kommunistischer und linksradikaler Parteien und kommunistisch beeinflusster Massenorganisationen ermöglichen.

Ponomarjow bemerkt hierzu:

„Die Bildung eines Staates der nationalen Demokratie, seine Entwicklung und die Verwirklichung progressiver Umgestaltungen durch ihn können nur unter der Voraussetzung des Kampfes der werktätigen Massen, unter der Voraussetzung ihres Zusammenschlusses zu eigenen Parteien und Organisationen erfolgen... Noch heute befinden sich in den meisten befreiten Ländern die kommunistischen Parteien in der Illegalität. Ist das rechtmäßig? Nein, keineswegs. Die Kommunisten bringen die Interessen der Bauern, die Interessen der ganzen Nation zum Ausdruck. Das Verbot ihrer Parteien bedeutet praktisch das Verbot des Kampfes der Arbeiter und Bauern, des Kampfes des ganzen Volkes für seine Rechte.“

- d) die Mitwirkung an der Staatswillensbildung und die Mitbestimmung der Staatspolitik

Zur Verwirklichung dieser Forderung wird von sowjetischer Seite ein mit weitgehenden Befugnissen ausgestattetes Parlament und eine Koalitionsregierung unter Beteiligung aller

„fortschrittlichen Kräfte“ auf der Grundlage der Nationalfront-Politik angestrebt.

Bei den sozialen Reformen ist vor allem an eine umfassende Agrarreform gedacht. Ponomarjow bezeichnet die „Lösung der Bauernfrage“ als das wichtigste Problem der Entwicklungsländer.

In der Erklärung von 1960 ist außerdem noch von „anderen Forderungen nach demokratischen und sozialen Umgestaltungen die Rede.“

Beschlagnahme des ausländischen Eigentums, Verstaatlichung großer Teile der Wirtschaft, insbesondere der Banken und der Industrie, Einführung der Wirtschaftsplanung, staatliche Kontrolle des Außenhandels, Bildung von landwirtschaftlichen Genossenschaften werden als Maßnahme aufgezählt, welche eine grundlegende Veränderung der ökonomischen und sozialen Struktur der Entwicklungsländer im Sinne eines nichtkapitalistischen Weges zum Sozialismus-Kommunismus bewirken sollen.

In diesem Zusammenhang werden von Ponomarjow Kuba, Guinea, Ghana, Mali und Indonesien als Länder aufgezählt, die dem Idealtyp des nationaldemokratischen Staates zur Zeit am nächsten kämen.

Der Begriff eines nationaldemokratischen Staates ist 1945 von Gomulka, Gottwald und anderen ostmitteleuropäischen Kommunistenführern im Hinblick auf die ersten Anfänge einer volksdemokratischen Staatsentwicklung zuerst gebraucht worden. Die Bezeichnung entsprach dem gleichzeitig von Mao Tse-tung propagierten Zwischenstadium der „Neuen Demokratie“.

Die Konzeption eines „Staates der nationalen Demokratie“ geht damit unverkennbar auf die chinesische Vorstellung eines „Staates der neuen Demokratie“ zurück.

Mao Tse-tung erklärte 1940 in seiner Schrift „Über die neue Diktatur“, daß sich alle Regierungsarten der Welt in drei Kategorien einteilen ließen:

1. Republiken der bürgerlichen Diktatur;
2. Republiken der proletarischen Diktatur;
3. Republiken der gemeinsamen Diktatur mehrerer revolutionärer Klassen.

Die dritte Kategorie bezeichnete er als „die Übergangsform des Staates in den revolutionären Kolonien und Halbkolonien.“

Abweichend von Lenin erklärte er, daß die Sowjetform der Republik in einer bestimmten historischen Periode nicht gut in kolonialen und halbkolonialen Ländern durchgeführt werden könne.

Diese brauchten vielmehr eine dritte Staatsform, nämlich die der neuen demokratischen Republik.

Das entscheidende Merkmal des „Staates der neuen Demokratie“ sah Mao Tse-tung darin, daß er die Ausdrucksform der Diktatur mehrerer Klassen bildete, und daß die eindeutige Hegemonie einer Klasse und damit eine Einparteienherrschaft noch nicht gegeben war.

„Der Staat der neuen Demokratie“ als Vorstufe der 1949 in China einsetzenden volksdemokratischen Staatsentwicklung entsprach so weitgehend der Vorstellung, die Lenin mit dem Gedanken einer „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ verband, die er 1905 in der Auseinandersetzung mit Trotzkijs Lehre von der „Permanenten Revolution“ entwickelte.

Lenin ging damals noch ebenso wie die Menschewisten von der Auffassung aus, daß die kapitalistische Entwicklungsstufe in Rußland nicht übersprungen werden könne. Erst sollte durch die bürgerlich-demokratische Revolution der kapitalistischen Entwicklung zum vollen Durchbruch verholfen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte es dann zu einer sozialistischen Revolution kommen. Infolgedessen lehnte Lenin auch eine reine „Arbeiterregierung“ auf der Grundlage der „Diktatur des Proletariats“, wie sie von Trotzki gefordert wurde, ab.

Lenin hat sich die Auffassung Trotzkijs, daß auf Grund der besonderen Eigenart der russischen Verhältnisse der sofortige Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution bei gleichzeitiger Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ möglich sei, erst im Revolutionsjahr 1917 zu eigen gemacht.

Von den chinesischen Kommunisten ist die von Lenin selbst preisgegebene Formel einer „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ in das Manifest des Zweiten Nationalkongresses der KPCh vom Juli 1922 und anschließend auch in die Politische Resolution des Sechsten Nationalkongresses der KPCh vom September 1928 und in die Verfassung der Chinesischen Räterepublik in Kiangsi vom November 1931 aufgenommen worden.

Im Grunde genommen war der seit 1940 von Mao Tse-tung propagierte neudemokratische Staat somit nur eine neue Umschreibung der bis dahin gebräuchlichen Formel der „demokratischen Diktatur“.

Daß durch diese Formel auch das städtische Kleinbürgertum erfaßt wurde, darüber bestand bereits bei Lenin kein Zweifel.

Die besondere Eigenart des „Staates der neuen Demokratie“ war darin zu sehen, daß er die nationale Bourgeoisie in das Bündnis der revolutionären Klassen einbezog und ihr damit größere politische Rechte zugestand.

Er unterschied sich damit wesentlich vom volksdemokratischen Staat, der heute in seiner ersten Entwicklungsstufe als Staatsform der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ und in seiner zweiten Entwicklungsstufe (ebenso wie der Sowjetstaat) als „Diktatur des Proletariats“ angesehen wird.

Insofern entspricht der „Staat der nationalen Demokratie“ seiner Konstruktion nach weitgehend dem „Staat der neuen Demokratie“, und ist damit wie dieser als Vorstufe zum „Staat der Volksdemokratie“ und damit einer Entwicklung gedacht, die zu einer kommunistischen Einparteiherrschaft und damit zu einer Minderheitsdiktatur im Staate führen soll. Daß die Entwicklungsländer dabei aller Rechte und Freiheiten verlustig gehen würden, welche die Kommunisten aus taktischen Gründen heute fordern, um die Alleinmacht zu erringen, dürfte auf Grund der historischen Erfahrung kein Zweifel bestehen.

Ein wesentlicher Unterschied scheint trotzdem zwischen der ursprünglichen Vorstellung Mao Tse-tungs von einem „Staat der neuen Demokratie“ und dem „Staat der nationalen Demokratie“ zu bestehen.

Der neudemokratische Staat war dazu bestimmt, die bürgerlich-demokratische Revolution und damit die kapitalistische Entwicklung zu einem gewissen Abschluß zu bringen. Der national-demokratische Staat strebt von vornherein eine nichtkapitalistische Entwicklung mit Hilfe der Sowjetunion und der übrigen Ostblockstaaten an. Eines der wesentlichsten Merkmale des „Staates der nationalen Demokratie“ ist darin zu sehen, daß ihm im Ausgleich für die geforderte wirtschaftliche Isolierung vom Westen reichliche Entwicklungshilfe aus dem Ostblock in Aussicht gestellt wird. Durch diese „sozialistische gegenseitige Hilfe“ soll im Einklang mit dem früher zitierten Ausspruch Lenins es den Entwicklungsländern ermöglicht werden, die kapitalistische Entwicklungsstufe zu überspringen.

Von sowjetischer Seite werden in diesem Zusammenhang die kaukasischen und turkestanischen Unionsrepubliken, die Volksrepublik Mongolei und die ehemalige Volksrepublik Tannu Tuwa als Beispiel genannt.

Wir sahen bereits, daß diese Hilfe sich auf den wirtschaftlichen Bereich nicht beschränkt hat.

Mit Ausnahme der Mongolei haben alle genannten Länder ihre nach der Oktoberrevolution errungene staatliche Unabhängigkeit wieder eingeübt.

Die Mongolei ist als reines Protektorat der Sowjetunion anzusehen.

Die Konzeption eines „Staates der neuen Demokratie“ erweist sich somit als ein trojanisches Pferd, hinter der sich tatsächlich eine neue Form des Kolonialismus, nämlich der auf einer wirklichen imperialistischen Grundlage beruhende Sowjetkolonialismus verbirgt.

Bibliographie

Brandt, C.: Schwartz, B.: Fairbank, J. K.: Der Kommunismus in China. München 1955

Brutenc, K. N.: Nacional'no-osvoboditel'noe dviženie narodov Azii i Afriki (Die nationale Befreiungsbewegung der Völker Asiens und Afrikas). Moskau 1959.

Chochlov, N. P.: Zona mira (Die Friedenszone). Moskau 1958.

Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale Ost-Berlin 1959.

Džunusov, M.: Nekotorye voprosy teorii social'noj revolucii v svete krušenija kolonial'noj sistemy imperializma (Einige Fragen der Theorie der sozialen Revolution im Lichte des Zusammenbruchs des Kolonialsystems des Imperialismus). Frunse 1961.

Grottian, W.: Lenins Anleitung zum Handeln. Köln/Opladen 1962.

Die sowjetische Wirtschaftshilfe an „bürgerliche“ Regierungen Asiens in leninistischer Sicht. Moderne Welt, 1959, Nr. 2.

Hellmann, M. (Herausgeber): Die Sowjetunion in Europa. Wiesbaden 1962.

Iskandarov, R. G.: Sovetskij Sojuz-slaborazvitym stranam (Die Sowjetunion — den schwach entwickelten Ländern). Moskau 1961.

Judin, Ju. A.: Nekotorye problemy stanovlenija nacional'noj gosudarstvennosti v nezavisimych stranach Afriki (Einige Probleme der Entwicklung der Nationalstaatlichkeit in den unabhängigen Ländern Afrikas).

Sovetskoe gosudarstvo i pravo (Sowjetstaat und Recht), 1961, Nr. 2.

Kiričenko, M. G.: O nezavisinom gosudarstve nacional'noj demokratii (Über den unabhängigen Staat der nationalen Demokratie).

Sovetskoe gosudarstvo i pravo (Sowjetstaat und Recht), 1961, Nr. 11, S. 104—115.

Kulski, W. W.: Soviet Colonialism and Anti-Colonialism.

The Russian Review, April 1959.

Kuusinen, O. (Herausgeber): Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Ost-Berlin 1960.

Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke, 2 Bände, Ost-Berlin 1953.

Über Krieg, Armee und Militärwissenschaft, Band I, Ost-Berlin 1961; Band II/1, 2, Ost-Berlin 1959. Über die nationale und koloniale Frage. Ost-Berlin 1960.

Lenin o meždunarodnoj politike i meždunarodnom prave (Lenin über die internationale Politik und das internationale Recht). Moskau 1958.

London, K. (Herausgeber): Unity and Contradiction. Major Aspects of Sino-Soviet Relations. New York 1962.

Marx-Engels: Ausgewählte Schriften, 2 Bände. Stuttgart 1953.

Mehnert, K.: Peking und Moskau. Stuttgart 1962.

Meissner, B.: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961. Köln 1962.

Sowjetunion und Selbstbestimmungsrecht. Köln 1962.

Die Außenpolitik Chruschtschows. Osteuropa 1961, Nr. 9.

Mitin, M. B.: Leninizm i krušenje kolonial'noj sistemy imperializma (Der Leninismus und der Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus). Voprosy filosofii (Fragen der Philosophie), 1960, Nr. 11.

Modrivinskaja, E. D.: Ideologija sovremennogo kolonializma (Die Ideologie des modernen Kolonialismus). Moskau 1959.

Nationalism, Communism and the Uncommitted Nations. Survey, August 1962, Nr. 43.

Podkopaev, I. Ja.: Obnovlennyj Vostok (Der erneuerte Osten). Moskau 1959.

Ponomarev, B. N.: O gosudarstve nacional'noj demokratii (Über den Staat der nationalen Demokratie). Kommunist, 1961, Nr. 8.

Sivolobov, A. M.: Nacional'no — osvoboditel'noe dviženie v Afrike (Die nationale Befreiungsbewegung in Afrika). Moskau 1961.

Sowjetkolonialismus. Sowjetstudien, Dezember 1961.

Stalin, I.: Fragen des Leninismus. Moskau 1947.

Der Marxismus und die nationale und koloniale Frage. Ost-Berlin 1950.

Tjagunenko, V. L.: Krušenje kolonial'noj sistemy imperializma (Der Zerfall des Kolonialsystems des Imperialismus). Moskau 1961.

Wheeler, G.: Colonialism and the USSR. Political Quarterly, July 1958.

Žamin, V.: O perechode k socializmu slaborazvitych v ekonomičeskom otnošenii stran (Vom Übergang in wirtschaftlicher Hinsicht schwach entwickelter Länder zum Sozialismus). Voprosy ekonomiki (Fragen der Wirtschaft), 1959, Nr. 6.

Zarine, D.: Nekotorye čerty nacional'no-osvoboditel'nogo dviženija narodov kolonial'nych i zavisimych stran (Einige Züge der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern). Voprosy filosofii (Fragen der Philosophie), 1961, Nr. 1.

Richard Löwenthal

Kommunismus und nachkoloniale Revolution

In Lenins letztem, Anfang März 1923 erschienenen Artikel „Lieber weniger aber besser“ finden sich die prophetischen Worte:

„Der Ausgang des Kampfes hängt in letzter Instanz davon ab, daß Rußland, Indien, China usw. die gigantische Mehrheit der Bevölkerung der Erde stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Weltkampfes ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert.“¹⁾

Diese Hoffnung auf die potentiell entscheidende Rolle der Länder, die wir heute die unterentwickelte Welt nennen, und die Lenin die kolonialen und halbkolonialen Länder nannte, hat sich seither im sowjetischen Denken erhalten. Gerade in den grundsätzlichen Dokumenten der letzten Jahre, einschließlich des Parteiprogramms von 1961 und der Reden von N. S. Chruschtschow, finden wir immer wieder die Auffassung, daß die allgemeine Krise des Kapitalismus in eine „dritte Phase“ eingetreten sei: die erste Phase habe nach dem Ersten Weltkrieg zur Entstehung der Sowjetmacht in Rußland, die zweite nach dem Zweiten Weltkrieg zum Sieg des „Sozialismus“ in Osteuropa und in China geführt, die neue dritte Phase aber werde ähnlich entscheidende Fortschritte im Zusammenbruch des imperialistischen Weltsystems ohne einen neuen Weltkrieg bringen. Diese Erwartung aber gründet sich bei Chruschtschow ganz wesentlich auf den „Zusammenbruch des kolonialen Systems“ in unserer Zeit, auf das erwartete Einmünden des revolutionären Prozesses der Entkolonisierung in den allgemeinen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus.

Diese Erwartungen sind bei den sowjetischen Führern nicht erst aus der Enttäuschung ihrer Hoffnungen auf kommunistische Revolutionen

1) Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Moskau 1947, Bd. 2, S. 1018

des europäischen Industrieproletariats entstanden; sie gehörten von Anfang an *neben* diesen Hoffnungen zum Kernbestand der weltrevolutionären Konzeption Lenins, der bereits 1920 auf dem zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale seine „Thesen zur nationalen und kolonialen Frage“ vorlegte²⁾. Er sprach dort von dem Erwachen breiter anti-imperialistischer Bewegungen in den kolonialen und den sogenannten halbkolonialen Ländern, die, ohne staatsrechtlich Bestandteile von kolonialen Imperien zu sein, doch auf Grund ihrer politischen und ökonomischen Abhängigkeit von den imperialistischen Großmächten und den kapitalistischen Konzernen keine echte Souveränität genossen. Er nahm als selbstverständlich an, daß die Volksbewegung gegen die Fremdherrschaft und zugleich gegen die eigene traditionelle Oberschicht in all diesen Ländern sich in revolutionären Formen vollziehen würde; und er charakterisierte die Revolutionen, die er dort zunächst erwartete, als nationale und als „bürgerlich-demokratische“ Revolutionen in dem Sinne, daß sie sich nicht gegen die (im allgemeinen dort noch gar nicht vorhandenen) kapitalistischen Eigentumsverhältnisse richten würden, sondern gegen vorkapitalistische Verhältnisse und Machtgruppen. Aber er sagte auch voraus, daß diese „bürgerlich-demokratischen“ Revolutionen im Zeitalter der proletarischen Revolution und der Sowjetmacht notwendig zu Bestandteilen der proletarischen Weltrevolution werden müßten, da sie in ihrem Kampf gegen den Imperialismus nur an der kommunistischen Bewegung und am Sowjetstaat Verbündete finden würden. Er entwickelte so eine Strategie des Bündnisses zwischen den nationalen, bürgerlich-demokratischen Revolutionen der kolonialen und halbkolonialen Länder und seiner eigenen kommunistischen Weltbewegung — eine Strategie der Errichtung einer kolonialen „zweiten Front“ gegen den Weltimperialismus.

Zweitens erwartete Lenin aber, daß die kolonialen Revolutionen gegen Imperialismus und

2) Ebenda, Bd. 2, S. 770 ff.

Feudalismus im Laufe des Kampfes würden weiter gehen müssen, als den bürgerlich-kapitalistischen Schichten der betreffenden Länder erwünscht war, vor allem auf Grund der Notwendigkeit tiefgehender Eingriffe in die landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse, und daß damit günstige Voraussetzungen dafür entstehen würden, um diese Revolutionen über die ursprünglichen „bürgerlich-demokratischen“ Zielsetzungen hinaus zur sozialistischen Zielsetzung weiterzutreiben. Er stellte die Frage, ob es denn für so rückständige Länder möglich sei, eine kapitalistische Stufe der Entwicklung ganz zu überspringen oder zu umgehen, und er gab die Antwort, daß dies in der heutigen Weltlage dank der Unterstützung der Sowjetmacht und des revolutionären Proletariats des Westens möglich sein werde³⁾. Als Beispiel wies er darauf hin, daß sich die alten Kolonialgebiete des Zarismus in Zentralasien unter der bolschewistischen Herrschaft tatsächlich dank der Hilfe des Sowjetstaates auf nichtkapitalistischem Wege entwickelten: er sah eine ähnliche nichtkapitalistische Entwicklung in der politischen Form des Sowjetsystems mit staatlichem Aufbau der Industrie bis zur schließlichen Erreichung dessen, was die Kommunisten Sozialismus nennen, auch für die Revolutionen anderer kolonialer und halbkolonialer Länder voraus.

In dieser Vision Lenins steckte, wie man heute mit dem Abstand von mehr als vier Jahrzehnten sehen kann, ein gutes Stück Wirklichkeitskenntnis. Die Entwicklung hat Lenins Voraussage bestätigt, daß der Prozeß der Entkolonisierung, einmal vom Ersten Weltkrieg auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt, unaufhaltsam fortschreiten und in vielen Ländern revolutionäre Formen annehmen würde. Lenin hatte auch darin recht, daß der Unabhängigkeitskampf der kolonialen und halbkolonialen Völker nicht nur nationale Probleme im engeren Sinne aufwerfen würde, sondern auch ganz neuartige Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der sozialen Umgestaltung, die in vielen Fällen nicht mit den klassischen Methoden der kapitalistischen Entwicklung des Westens gelöst werden konnten. Das kombinierte revolutionäre Potential dieser nationalen und sozialen Umwäl-

zungen hat tatsächlich in einigen Fällen zum Siege des Kommunismus geführt — darunter in einem Fall von weltgeschichtlicher Bedeutung, in China, und in einem anderen Fall, der gerade gegenwärtig der Anlaß akuter weltpolitischer Krisen ist, in Kuba. Gemessen an der totalen Enttäuschung der Hoffnungen auf das Proletariat der Industrieländer des Westens sind das bedeutsame Erfolge, die den Charakter der kommunistischen Weltbewegung grundlegend verändert haben: Man kann sagen, daß der Kommunismus heute für die Industrieländer wesentlich als militärische Drohung und nur für die Entwicklungsländer als revolutionäres Modell wirksam ist.

Dennoch hat auch für die kolonialen und halbkolonialen Länder die Erwartung Lenins sich bisher nur als Ausnahme, nicht als Norm bestätigt. An der Entstehung von Dutzenden neuer souveräner Staaten jeder Größenordnung in Asien und Afrika haben die Kommunisten mit der einen Ausnahme von Nordvietnam nirgends einen führenden Anteil gehabt, und auch die äußere Unterstützung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung ist für den Sieg der Entkolonisierung nicht entscheidend gewesen. Viele der neuen Staaten haben ihre Souveränität durch friedliche Überleitung, ohne zugespitzten Konflikt oder revolutionären Kampf mit den alten Kolonialreichen erlangt; in anderen haben militante, aber durchaus nicht kommunistische, nationale Bewegungen den Befreiungskampf geführt. Die Versuche der neuen Staaten zur Lösung ihrer Entwicklungsprobleme zeigen ein weiteres Spektrum der Mischsysteme von Privatwirtschaft und staatlichem Industriebau, von Marktwirtschaft und Planung, aber durchaus keine allgemeine Tendenz zur Nachahmung des kommunistischen Modells. Die Erwartung, daß der Prozeß der Entkolonisierung seiner Natur nach unter kommunistischer Führung gelingen und in kommunistische Revolutionen münden müsse, hat sich also nicht bestätigt.

Im folgenden soll nun die Frage behandelt werden, welches die spezifischen Mängel der kommunistischen Analysen waren, die zu dieser relativen Enttäuschung der Hoffnungen auf die Revolutionen der kolonialen und halbkolonialen Länder geführt haben, und wie sich diese Irrtümer und Einseitigkeiten der Theorie in den verschiedenen Phasen der sowjetischen Weltpolitik in strategische Dilemmen umgesetzt haben — bis in die Gegenwart hinein.

3) Siehe Lenins Kommissionsbericht zur nationalen und kolonialen Frage in „Der I. und II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, (Ost-)Berlin 1959, S. 168.

Um die Führung im nationalen Befreiungskampf

Schon auf jenem zweiten Weltkongreß der Komintern, auf dem Lenin die Konzeption der kolonialen Revolution zuerst entwickelte, kam es zu einer charakteristischen Meinungsverschiedenheit über eines ihrer Grundprobleme — die Einschätzung der nationalistischen Bewegungen, die sich in diesen Ländern entwickelten, und das Verhältnis zu ihnen⁴⁾. Die Führer dieser Bewegungen waren nirgends Kommunisten und wurden und werden in sowjetischer Terminologie als Vertreter der „nationalen Bourgeoisie“ bezeichnet. Lenin, der klar erkannte, daß in den meisten dieser Länder kommunistische Parteien noch nicht einmal im Ansatz vorhanden waren, ließ sich von dem „bürgerlichen“ Charakter dieser Bewegungen und ihrer Führer jedoch in keiner Weise abschrecken, sondern machte den Kommunisten ihre Unterstützung in der ersten Phase der Revolution ausdrücklich zur Pflicht: erst im Zuge des gemeinsamen Kampfes gegen Imperialismus und Feudalismus unter zunächst bürgerlicher Führung würden die Kommunisten genügend erstarken können, um in einer späteren zweiten Phase selbst die Führung zu übernehmen. Die Voraussetzung dafür sei freilich, daß die Kommunisten von Anfang an ihre eigene Organisation entwickelten und ihre ideologische Unabhängigkeit behaupteten.

Doch diese Auffassung blieb nicht unwidersprochen. Einer der wichtigsten asiatischen Kongreßteilnehmer, der indische Kommunist Manabendra Nath Roy, legte Gegenthesen vor, in denen er die Auffassung vertrat, die Bourgeoisie der kolonialen Länder sei auf Grund ihrer Ablehnung einer grundlegenden Agrarreform nicht in der Lage, die Volksmassen zum revolutionären Kampf zu mobilisieren; daher könne auch die erste national-revolutionäre oder „bürgerlich-demokratische“ Phase der Revolution nicht von den Parteien der „nationalen Bourgeoisie“ geführt werden. Es heißt in diesen Thesen:

„In der ersten Zeit wird die Revolution in den Kolonien keine kommunistische Revolution sein; wenn jedoch von Anfang an die kommunistische Vorhut an ihre Spitze tritt, werden die revolutionären Massen auf den richtigen Weg gebracht werden, auf dem sie durch allmähliche Sammlung von revolutionärer Er-

führung das gesteckte Ziel erreichen werden. . . . Auf der ersten Stufe ihrer Entwicklung muß die Revolution in den Kolonien nach dem Programm rein kleinbürgerlicher, reformistischer Forderungen, wie: Aufteilung des Landes usw., durchgeführt werden. Daraus aber folgt nicht, daß die Führung in den Kolonien sich in den Händen der bürgerlichen Demokraten befinden darf. Im Gegenteil, die proletarischen Parteien müssen eine intensive Propaganda der kommunistischen Ideen betreiben, und bei der ersten Möglichkeit Arbeiter- und Bauernräte gründen.“⁵⁾

Das Bemerkenswerte ist nun, daß nach längeren Debatten in der Kommission die Thesen von Roy zusammen mit den Leninschen Thesen als deren „Ergänzung“ angenommen wurden. Viele der Teilnehmer waren sich offenbar des Widerspruchs nicht klar bewußt, der hier in der strategischen Grundfrage bestand, wer die erste Phase der Revolution führen solle; Lenin selbst, der auf dem gleichen Kongreß in vielen anderen Fragen zu kämpfen hatte, mag der Frage keine praktische Bedeutung beigemessen haben, eben weil es ernsthafte kommunistische Parteien in den kolonialen und halbkolonialen Ländern noch kaum gab. Doch die praktische Bedeutung des ungelösten Widerspruchs wurde sichtbar, sobald tatsächlich die Volksmassen eines großen halbkolonialen Landes in revolutionäre Bewegung gerieten — in der chinesischen Revolution der zwanziger Jahre.

Die führende Partei dieser Revolution war die nationalistische Kuomintang, der auch die Kommunisten unter Aufrechterhaltung ihrer Sonderorganisation als Einzelmitglieder beitraten. Nach offizieller sowjetischer Ansicht verkörperte sich in dieser Partei ein Bündnis von vier revolutionären Klassen, nämlich des Proletariats, der Bauern, des Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie, unter bourgeoisier Führung. Stalin berief sich für seine Unterstützung dieser Partei mit politischen und militärischen Ratgebern und für die Anweisung an die Kommunisten zum Eintritt auf Lenins These von der notwendigen Führung der bürgerlichen Elemente in der ersten Phase der Revolution; tatsächlich war seine Politik vor allem auch durch das außenpolitische Interesse der Sowjetunion bestimmt, durch ein starkes, national geeintes China ein poten-

4) Vgl. zum Folgenden die Diskussion in „Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale“, Wien 1920, und ihre Analyse bei E. H. Carr, *The Bolshevik Revolution, 1917—23*, Bd. 3, London 1953; und bei Allen S. Whiting, *Soviet Policies in China, 1917—24*, New York 1954.

5) Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale, Wien 1920, S. 152 ff. Die von Carr diskutierten Ungenauigkeiten der deutschen Übersetzung betreffen nicht die hier zitierte Stelle.

tielles Gegengewicht gegen Japan zu schaffen⁶). Mit dem Vormarsch der Revolution nach Norden und dem Anwachsen der bäuerlichen Massenbewegung, bei deren Organisation sich die Kommunisten besonders hervortraten, trat jedoch das von Roy vorausgesehene Problem auf, daß die Massen grundlegende Agrarreformen erwarteten, die für die Führung und große Teile des Offizierskorps der Kuomintang nicht akzeptabel waren. Stalin suchte nun aus außenpolitischen Gründen einen Konflikt mit der politisch-militärischen Führung der Kuomintang unter Tschiang Kai-shek zu vermeiden und daher die Agrarrevolution zu bremsen; Trotzki und die anderen Linksoptionellen, die damals in der letzten Phase ihres Machtkampfs mit Stalin standen, forderten unter Berufung auf Roys Thesen den offenen Kampf der Kommunisten um die Führung der Revolution, die Errichtung von Bauernsowjets zur Landaufteilung und die Bereitschaft zum unvermeidlichen Konflikt mit Tschiang Kai-shek. Es entwickelte sich, in Moskau wie unter den chinesischen Kommunisten, eine scholastische Diskussion darüber, ob man schon jetzt oder erst nach Vollendung der „ersten Phase“, also vermutlich nach dem Sieg der Kuomintang in ganz China, mit Tschiang Kai-shek brechen sollte. Der Ausgang ist bekannt: Tschiang Kai-shek entschloß sich, den Zeitpunkt des Bruchs selbst zu bestimmen, führte überraschend einen Vernichtungsschlag gegen seine kommunistischen Verbündeten und schickte seine sowjetischen Berater nach Hause.

Die Sache des chinesischen Kommunismus und die Stalinsche Außenpolitik hatten damit gleich schwere Niederlagen erlitten. Doch das Scheitern Stalins beweist nicht, daß Trotzkijs Politik erfolgreicher gewesen wäre: sie hätte wahrscheinlich ähnliche Resultate zu einem noch früheren Zeitpunkt herbeigeführt. Was sich wirklich als falsch erwiesen hatte, war die Charakterisierung der nationalistischen Führer als „bürgerliche Demokraten“ und ihre Beurteilung nach dem klassischen Schema der demokratischen Revolution in Europa. Es handelte sich hier vielmehr um eine Gruppierung von Intellektuellen und Militärs, wie sie seither in Varianten an der Spitze nationalistischer Bewegungen in den Entwicklungsländern wieder und wieder aufgetreten ist;

6) Die beste historische Untersuchung dieser Vorgänge ist jetzt Conrad Brandt, *Stalins Failure in China*, Cambridge (Mass.) 1958. Für die trotzkistische Interpretation siehe Harold Isaacs, *The Tragedy of the Chinese Revolution*, London 1938; für die Darstellung eines beteiligten Kominternvertreterers M. N. Roy, *Revolution und Konterrevolution in China*, Berlin 1930.

und diese Schicht ist auf Grund ihrer ganz anderen sozialen Herkunft und Tradition einerseits weit weniger bürgerlich, d. h. an spezifische Besitzinteressen gebunden, als die kommunistische Doktrin annimmt, andererseits aber auch weit weniger demokratisch. Sie orientiert sich auf die Modernisierung ihres eigenen Landes mit Hilfe einer starken Staatsmacht und scheut dabei auch vor einer starken wirtschaftlichen Rolle des Staates nicht zurück. Aber sie will diese Macht selbst behaupten und sieht keine Notwendigkeit, sich in einer „zweiten Phase“ von einer vom Ausland dirigierte Partei ablösen zu lassen.

Die Erkenntnis dieser Irrtümer und eine entsprechende Revision der Strategie war für Stalin freilich verbaut — nicht nur aus Gründen des eigenen dogmatischen Weltbildes, sondern auch weil diese Strategie zum Gegenstand des Fraktionskampfes mit Trotzki geworden war und daher, den katastrophalen Ergebnissen zum Trotz, als einzig richtig verteidigt werden mußte. Die offizielle Erklärung der chinesischen Niederlage war fortan die gleiche wie die Erklärung der Niederlagen der Kommunisten in der europäischen Arbeiterbewegung: Verrat der Führer. Tschiang Kai-shek, so hieß es jetzt, hatte die Sache der nationalen Revolution verraten und war auf die Seite des Imperialismus und Feudalismus übergegangen; die chinesische Revolution mußte von vorn beginnen⁷).

Doch in Wirklichkeit war ein solcher Neubeginn nur möglich im Maße wie Tschiang Kai-shek bei der Durchführung der selbstgestellten Aufgaben versagte — und dann freilich unter der Führung der Kommunisten. Es war Mao Tse-tung, der mit seiner Partisanenarmee und seinen wandernden Sowjetgebieten die Grundlage eines solchen Neubeginns schuf; und er war dabei gezwungen, die von Stalin versäumte Revision der Analyse und Strategie nachzuholen. Er tat das 1939, im Verlaufe des Krieges gegen Japan, mit seiner Formel von der „neudemokratischen Revolution“: Er definierte diese neudemokratische Revolution dadurch, daß ganz wie bei Roy und in scharfem Gegensatz zu Stalin, die Kommunisten auch in der ersten Phase, in der Revolution gegen Imperialismus und Feudalismus, die Führung übernehmen sollten; nun freilich handelte es sich um eine kommunistische Partei, die tatsächlich in der chinesischen Wirklichkeit als eine bedeutende

7) Siehe die Resolution des 9. EKKI Plenums über die chinesischen Ereignisse in: J. Degras (ed.), *The Communist International 1919—1943, Documents*, Vol. II 1923—28, London 1960, S. 436.

Macht bereits bestand. Der Kern von Maos Definition lautet:

„Das, was wir als neudemokratische Revolution bezeichnen, ist die antiimperialistische, antifeudale Revolution der breiten Volksmassen unter Führung des Proletariats . . . Eine solche neudemokratische Revolution unterscheidet sich kraß von den demokratischen Revolutionen, wie sie in den Ländern Europas und Amerikas vor sich gegangen sind. Sie schafft nicht die Diktatur der Bourgeoisie, sondern die Diktatur der Einheitsfront der vom Proletariat geführten revolutionären Klassen . . . Eine solche neudemokratische Revolution unterscheidet sich auch von der sozialistischen Revolution, denn sie beschränkt sich auf den Sturz der Herrschaft des Imperialismus und der nationalen Verräter, der Reaktionenäre, in China, aber sie vernichtet nicht die kapitalistischen Elemente, die sich noch am Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus zu beteiligen vermögen.“⁸⁾

Hier handelt es sich also nach der strategischen Aufgabestellung noch um Lenins erste Phase, aber bereits um eine Bewegung unter der Führung der Kommunisten; und die Einheitsfront der vier Klassen, von der Mao ganz ebenso wie Stalin spricht, wird dabei nun politisch nur von der Kommunistischen Partei, die sich als Vertreter *aller* revolutionären Klassen erklärt, (und von einigen bedeutungslosen Splittergruppen) repräsentiert. Es folgt daraus, daß sich gemäß Mao Tse-tungs Auffassung nach der siegreichen Errichtung der „neuen Demokratie“ durch ein solches Klassenbündnis der Übergang zur zweiten Phase, der Übergang von der neudemokratischen zur sozialistischen Revolution, friedlich vollziehen kann, da ja gar kein Regimewechsel mehr nötig ist, kein Übergang der Macht von einer Gruppe zur anderen, sondern nur eine Verschiebung im Inhalt der Politik der bereits herrschenden Kommunistischen Partei.

Diese Neuerung Mao Tse-tungs, die für die Strategie der chinesischen Kommunisten entscheidend wurde, wurde in der internationa-

len kommunistischen Bewegung zunächst nicht beachtet. Aber als in den Nachkriegsjahren die Kommunisten Chinas sich dem Endsieg näherten, da erhoben sie vernehmlich den Anspruch, die Strategie Mao Tse-tungs solle als Vorbild für die Revolution in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern dienen. Die Formel selbst wurde von Mao im Juni 1949 kurz vor der Machteroberung verändert: er bezeichnete sein Regime jetzt nicht mehr als „neue Demokratie“, sondern als „volksdemokratische Diktatur“ unter Übernahme des in Osteuropa geprägten Wortes, definierte den neuen Ausdruck aber genauso wie vorher den alten. Tatsächlich wurde sein Anspruch auf internationale Anerkennung des chinesischen Vorbildes bald darauf akzeptiert. Als Liu Shao-chi im November 1949 auf einer Konferenz der kommunistischen Gewerkschaftler Asiens in Peking die Vorbildrolle der chinesischen Revolution für alle kolonialen und halbkolonialen Länder proklamierte, wurde seine Rede im Organ des Kominform und in der *Prawda* nachgedruckt⁹⁾; und in der Folgezeit wurde das chinesische Rezept vom Kominform auch anderen kommunistischen Parteien ausdrücklich empfohlen¹⁰⁾.

Zwischen den Anfängen in den zwanziger Jahren und der Machtergreifung Maos im Jahre 1949 hat die kommunistische Strategie so den ganzen Bogen vom einen zum andren Pol des Dilemmas der Führung der nationalen Revolution beschrieben: von der Auffassung, daß die erste Phase der Revolution notwendig von bürgerlich-nationalistischen Kräften geführt wird, denen die Kommunisten ihre Unterstützung geben müssen, zu der Auffassung, daß auch in der ersten Phase der Sieg nur unter kommunistischer Führung möglich ist. Mit dieser These geriet die kommunistische Strategie jedoch in ein neues Dilemma in ihrem Verhältnis zu denjenigen exkolonialen Ländern, die tatsächlich ihre nationale Unabhängigkeit unter nichtkommunistischer Führung und großenteils auf friedlichem Wege erlangten.

Um das Verhältnis zu den exkolonialen Nationen

Nach der Leninschen Lehre von der kolonialen Revolution war nicht zu erwarten, daß irgendeine imperialistische Macht ihre Kolonien ohne revolutionären Kampf, auf dem Wege der Verhandlungen freigeben würde; nach Maos neuer Fassung der Strategie der kolonialen Revolution war ebenso wenig zu erwarten, daß

Kolonialvölker ihre Freiheit unter nichtkommunistischer Führung erlangen würden. Doch die Ära der Entkolonisierung begann tatsächlich im Jahre 1947 mit dem Entschluß der britischen Arbeiterregierung zur Freigabe des

8) Mao Tse-tung, *Ausgewählte Schriften*, Bd. 3, (Ost-)Berlin 1958, S. 117.

9) *Prawda*, 4. 1. 1950; Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie, 30. 12. 1949.

10) So mit Bezug auf die KP Indiens in „Für dauerhaften Frieden . . .“, 27. 1. 1950.

indischen Subkontinents und mit der Entstehung der souveränen Staaten Indien, Pakistan, Burma und Ceylon unter nichtkommunistischen Regierungen. Auf dieses historische Ereignis reagierten Stalin und die internationale kommunistische Bewegung zunächst, indem sie es leugneten: was so sehr der herrschenden Theorie widersprach, das konnte nicht geschehen sein. Die sowjetische und internationale kommunistische Presse erklärte einstimmig, diese Länder seien gar nicht wirklich unabhängig geworden: die neuen Regierungen unter Führern wie Nehru, U Nu usw. seien bloße Marionetten des britischen Imperialismus und ihre Souveränität bloßer Schein. Daraus folgte, daß der Kampf um die nationale Unabhängigkeit in diesen Ländern weitergeführt werden mußte, und zwar gemäß der Maoschen Theorie in einer nationalen Einheitsfront unter Führung der Kommunisten; und das gleiche galt auch für alle anderen Kolonialländer, die bald danach ihre Unabhängigkeit erlangten. So finden wir in den folgenden Jahren, daß die Kommunisten in Asien mit den gleichen Losungen des nationalen Befreiungskampfes den rücksichtslosen und wenn möglich bewaffneten Kampf gegen die neuen nationalen Regierungen in Indien und Burma, auf den Philippinen und in Indonesien aufnahmen, wie gegen die noch weiterbestehenden Kolonialregime in Indochina und Malaya ¹¹⁾.

11) Für die sowjetische Einschätzung der indischen Unabhängigkeit in den ersten Jahren siehe die Beiträge zur Indientagung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Juni 1947, insbesondere E. M. Shukow (Leiter des Pazifischen Instituts der Akademie), „K polosheiju w Indii“, Mirowoje Chosjaistwo i Mirowaja Politika, Juli 1947, und A. M. Djakow, „Poslewojennije anglijskije planij gosudarstwenного ustroistwa Indii“, in: Akademia Nauk USSR, Utschenije Sapiski Tichookeanskogo Instituta, Bd. II, Indijski Sbornik, Moskau 1949; ferner E. M. Shukow, „Obostrenije krisisa kolonialnoi sistemy“, Bolshevik, 15. 12. 1947; die Beiträge zur Kolonialtagung der Akademie im Juni 1949, vor allem von E. M. Shukow und W. Balabuschewitsch, in Indien veröffentlicht als Colonial People's Struggle for Liberation, Bombay 1950; und die Berichte der gleichen Autoren an die Akademie aus der zweiten Hälfte 1949, die in Indien gesammelt als Crisis of the Colonial System, National Liberation Struggle of the Peoples of East Asia, Bombay 1951, erschienen sind. Für die Praxis der kommunistischen Politik in Süd- und Südostasien in der gleichen Periode siehe den Bericht über die Konferenz kommunistischer Jugend- und Studentenorganisationen der Region in Calcutta im Februar 1948, der unter dem Titel Hands off South East Asia von der International Union of Students im April 1948 in Prag veröffentlicht wurde, sowie die Darstellungen in M. R. Masani, The Communist Party of India, a Short History, London 1954, und J. H. Brimmell, Communism in South East Asia, London 1959, Kap. 16, 17 und 19.

Natürlich war die Wirkung dieser Politik in den beiden Situationen ganz verschieden. In Vietnam wurden die Kommunisten wirklich zur führenden Kraft des antikolonialen Kampfes; in Malaya hatten sie mindestens beträchtliche Anfangserfolge unter dem chinesischen Bevölkerungsteil; doch in den neuen exkolonialen Staaten gerieten sie schnell in hoffnungslose Isolierung. Überdies zeigte sich bald, daß eine so unrealistische Politik nicht nur für die asiatischen Kommunisten selbst gefährlich war, sondern auch für die Außenpolitik der Sowjetunion und besonders Chinas. Nehrus Indien hatte die chinesische Volksrepublik sofort nach ihrer Proklamierung anerkannt, und seine Diplomatie erwies sich während des Koreakrieges als der wichtigste unter den wenigen Kontakten zur nichtkommunistischen Welt, die Peking damals zur Verfügung standen; die hartnäckigen Bemühungen Indiens um eine Vermittlung zwischen China und den Vereinten Nationen entsprachen kaum der kommunistischen Vorstellung von der Rolle von Marionetten der Imperialisten. Der Übergang zu einer realistischen Einschätzung der neuen exkolonialen Staaten Asiens wurde wirklich dringend, als sich nach Stalins Tod Moskau und Peking im Rahmen einer allgemeinen Politik der Entspannung und Konsolidierung um die Beendigung der Kämpfe in Korea und in Indochina bemühten: Es kam jetzt darauf an, zu verhindern, daß sich um den kommunistischen Mächteblock in Asien ein ebenso geschlossener Ring feindlicher Bündnisse und Militärbasen bildete, wie Stalins Politik um seine europäischen Grenzen geschaffen hatte. Das aber erforderte, daß die kommunistische Diplomatie sich darum bemühte, die neuen Staaten neutral zu halten und sie nicht von vornherein als Verbündete oder Marionetten der Imperialisten abstempelte, auch wenn sie das gar nicht sein wollten.

Bald nach Stalins Tod und mit wachsender Deutlichkeit seit der Genfer Asienkonferenz von 1954 begannen die kommunistischen Regierungen und Parteien daher, ihre Einschätzung der neuen exkolonialen Länder Asiens radikal zu verändern: Sie erkannten ihre Unabhängigkeit von den Imperialisten nunmehr theoretisch an und behandelten sie praktisch als ein verteidigungswertes Gut. Die kommunistische Diplomatie setzte sich das Ziel, die neuen Staaten unter ihren bestehenden nichtkommunistischen Regierungen mindestens neutral zu halten, wenn möglich aber zu einer Einheitsfront gegen das „imperialistische Lager“ zu gewinnen. Sie arbeitete zu diesem Zweck mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die Tschu En-lai 1954

in Delhi mit Nehru unterzeichnete, mit Freundschaftsbesuchen chinesischer und sowjetischer Führer in den neuen Ländern, mit Angeboten von Wirtschaftshilfe ohne politische oder ideologische Bedingungen und wenn irgend möglich mit der Unterstützung dieser Länder in etwaigen Konflikten mit den Imperialisten. Sie gipfelte propagandistisch in Tschu En-lais eindrucksvollem Auftreten auf der Konferenz der asiatischen Regierungen in Bandung, theoretisch in Chruschtschows auf dem XX. Parteitag der KPdSU verkündeter Formel von der „Zone des Friedens“, die das „sozialistische Lager“ zusammen mit den neutralen exkolonialen Ländern umfassen sollte, und praktisch in den Waffenlieferungen an Nasser und seiner demonstrativen Unterstützung im Suez-Konflikt.

Diese Wendung der sowjetischen und chinesischen Diplomatie brachte jedoch die Kommunisten der exkolonialen Länder in eine außerordentlich schwierige Situation. Sie fühlten sich nicht nun praktisch im Stich gelassen, wenn etwa die Sowjetregierung und die KPdSU mitten im indischen Wahlkampf zeigten, daß ihr gute Beziehungen zu Nehrus Regierung viel wichtiger waren als die Förderung der indischen Kommunisten¹²⁾; sie fanden sich auch theoretisch und strategisch plötzlich in einem geistigen Vakuum. Maos These, nach der die nationale Befreiung der Kolonialvölker nur unter kommunistischer Führung möglich war, war offenbar stillschweigend aufgegeben worden — denn es wurde ja nun anerkannt, daß eine Reihe von Ländern unter „bürgerlich-nationalistischer“ Führung eine ganz reale Unabhängigkeit errungen hatten. Aber wenn das so war, dann schien die „erste Phase“ der kolonialen Revolution in diesen Ländern im wesentlichen beendet zu sein — und doch waren die politischen und sozialen Voraussetzungen für die „zweite Phase“, die sozialistische Revolution unter Führung der Kommunisten, offenbar in keiner Weise herangereift: weder befanden sich diese Länder allgemein in fortschreitenden revolutionären Krisen, noch waren die Kommunisten stark genug, den Kampf um die Macht mit Aussicht auf Erfolg aufzunehmen.

Die Sowjets freilich schienen zu erwarten, daß ihre Diplomatie auf die Dauer auch den Kommunisten dieser Länder neue Chancen eröffnen würde, gewissermaßen als Nebenpro-

12) Vgl. das Lob der Prawda für Nehrus Politik am 26. 1. 1955, d. h. während des von den indischen Kommunisten scharf gegen Nehru geführten Wahlkampfes in Andhra; und M. Windmiller, „Indian Communism and the New Soviet Line“, in: Pacific Affairs, Dez. 1956, S. 354.

dukt der außen- und wirtschaftspolitischen Beeinflussung der nationalistischen Regierungen durch den Sowjetblock. Je geschickter die Sowjets die neuen Staaten in ihrem Streben nach wirtschaftlicher Entwicklung stützten, desto mehr würden sie in Konflikte mit den großen kapitalistischen Konzernen geraten, die traditionell auf ihrem Territorium operierten, und damit auch in Konflikte mit den imperialistischen Großmächten; und das gleiche würde auch bei den traditionell von solchen Konzernen abhängigen halbkolonialen Ländern der Fall sein, sobald sich ihnen die Alternative sowjetischer politischer und wirtschaftlicher Unterstützung bot. Je heftiger aber die Konflikte zwischen den exkolonialen und halbkolonialen Ländern und den Imperialisten, desto stärker unvermeidlich ihre zunehmende Anlehnung an den Sowjetblock: Die Entwicklung Ägyptens, die unter Nasser zwischen 1955 und 1957 von den Waffenlieferungen über die Suez-Krise zu einer rasch wachsenden Abhängigkeit des ägyptischen Außenhandels vom Sowjetblock führte, schien den Weg der anderen Entwicklungsländer vorzuzeichnen. Unter solchen Umständen mußte es nach sowjetischer Auffassung genügen, wenn die Kommunisten der betreffenden Länder diese Politik loyal unterstützten, damit sie von dem wachsenden Einfluß der Sowjets auch in Form einer direkten Beteiligung an der Staatsmacht und der stetigen Zunahme des eigenen Einflusses in der Regierung profitierten.

Es versteht sich, daß bei den Kommunisten der exkolonialen und halbkolonialen Länder die Rolle, die ihnen diese sowjetische Politik zuwies — eine Rolle, bei der sie nicht mehr um die Macht kämpften, sondern sich gewissermaßen im Gefolge der sowjetischen Diplomatie in die Vorzimmer der bürgerlich-nationalistischen Macht hineinkomplimentieren sollten —, wenig beliebt war¹³⁾. Doch sie hatten zunächst keine praktische Alternative, zumal bis mindestens 1958 auch von chinesischer Seite keine Kritik an dieser Politik geübt und kein anderer Weg vorgeschlagen wurde. Von 1958/59 an begann jedoch die tatsächliche Entwicklung in den exkolonialen und halbkolonialen Ländern den Sowjets einerseits neue

13) Dies ist besonders deutlich in dem hinhaltenden Widerstand, den ein großer Teil der indischen Kommunisten der Forderung Moskaus nach einer positiveren Haltung erst zu Nehrus Außenpolitik, dann auch zu wichtigen Zügen seiner Wirtschaftspolitik entgegengesetzte; vgl. John Kautsky, Moscow and the Communist Party of India, New York 1956, bes. Kap. 6; und Gene D. Overstreet u. Marshall Windmiller, Communism in India, Berkeley (Cal.) 1954, Kap. 14.

revolutionäre Möglichkeiten zu zeigen, andererseits unerwartete Enttäuschungen zu bereiten, die sie zu einem neuen Durchdenken ihrer Politik veranlaßten.

Auf der einen Seite trat der Prozeß der Entkolonisierung nunmehr auch in Afrika in seine entscheidende Phase ein und beschleunigte sich entsprechend. Dabei kam es teilweise zu langen blutigen Kämpfen, wie in Algerien, oder doch zu bitteren, wenn auch unblutigen Loslösungskonflikten, wie in Guinea. Überdies begannen sich nun auch die sozialen Spannungen in einer Reihe von exkolonialen und besonders halbkolonialen Ländern in revolutionärer Form zu manifestieren, wie die kommunistische Theorie das erwartete — freilich unter nichtkommunistischer Führung. Wenn Nassers Nationalisierung der Suez-Company und ihre politischen Folgen eine erste Bestätigung der Theorie gewesen waren, so war Kassem's Revolution im Irak im Sommer 1958 eine zweite und Castros Sieg in Kuba an der Wende von 1958 zu 1959 eine dritte: in allen Fällen zeigte sich die Bedeutung sozialrevolutionärer Spannungen und nationaler Konflikte mit dem westlichen Großkapital auch in staatsrechtlich souveränen Ländern.

Auf der anderen Seite aber bestätigte es sich nicht, daß selbst nationalistische Führer, die bewußt revolutionäre Maßnahmen gegen das westliche Großkapital durchführten, deswegen notwendig in wachsende Abhängigkeit von den Sowjets geraten und den Kommunisten

entsprechenden Einfluß einräumen müßten. Nasser begann sich nicht nur 1958 mit amerikanischer Hilfe von allzu großer einseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Sowjetblock zu befreien, sondern akzeptierte den Wunsch der nichtkommunistischen Linken Syriens, ihr Land vor einer kommunistischen Machtübernahme durch die überraschende Verschmelzung mit Ägypten zur Vereinigten Arabischen Republik zu schützen, und schritt danach ohne Rücksicht auf sowjetische Proteste zur rücksichtslosen Unterdrückung der syrischen Kommunisten. Im Irak stützte sich Kassem umgekehrt zunächst auf die Kommunisten gegen die panarabischen Anhänger Nassers; aber als die Kommunisten den Lohn für ihre Unterstützung gegen das alte Regime wie gegen Nasser in der Form einer Regierungsbeteiligung forderten, ging er im Sommer 1959 scharf gegen sie vor und unterwarf ihre politische Tätigkeit dauernden Beschränkungen.

Auf der einen Seite erwiesen sich so die sozialrevolutionären Möglichkeiten der exkolonialen und halbkolonialen Länder als aktueller, als die rein diplomatisch orientierte sowjetische Strategie der Jahre 1954 bis 1958 erwartet hatte. Auf der anderen Seite führten sie nicht automatisch zu einer Verstärkung des sowjetischen und kommunistischen Einflusses. Diese Entwicklung stellte mithin die kommunistische Strategie vor ein drittes Dilemma — das Dilemma der nachkolonialen Revolution.

Um den Charakter der nachkolonialen Revolution

Dies neue Dilemma ergibt sich aus dem Versuch einer Reihe von nationalistischen Führern und Bewegungen der exkolonialen und halbkolonialen Länder, nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit ihre Entwicklungsprobleme mit eigenen revolutionären Methoden zu lösen, die sich sowohl von dem klassischen Weg des liberalen Kapitalismus wie von dem kommunistischen Weg scharf unterscheiden. An Hand dieser Erfahrung beginnt in der kommunistischen Welt seit 1959 eine erneute Diskussion über Charakter und Rolle der „nationalen Bourgeoisie“ einerseits, über die Aufgaben der Kommunisten andererseits in der Phase der nachkolonialen Revolution¹⁴⁾. Ausgangspunkt der Diskussion ist der Gedan-

ke, daß mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit die erste Phase der nationalen und bürgerlich-demokratischen Revolution im Sinne Lenins noch nicht beendet ist: Die Unabhängigkeit der exkolonialen Staaten ist zwar real und kein bloßer Schein, doch sie bleibt unvollständig und gefährdet, solange die wirtschaftliche Abhängigkeit vom imperialistischen Weltmarkt und seinen Monopolen nicht beseitigt und solange die Machtpositionen dieser Monopole und der mit ihnen verbundenen vorkapitalistischen reaktionären Gruppen im Inneren der neuen Länder nicht gebrochen sind. Da die Aufgabe noch immer die Vollendung der ersten Phase der Revolution ist, so folgt daraus, daß ein Vier-Klassen-Bündnis mit Einschluß der „nationalen Bourgeoisie“ auch weiterhin notwendig bleibt. Doch es wird nun erklärt, daß mit der Erringung der Unabhängigkeit und mit dem Fortschritt der nationalen und demokratischen

14) Die erste organisierte internationale Diskussion dieser Art fand im Mai 1959 in Leipzig statt und wurde auszugsweise in Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 8 u. 9/1959 abgedruckt. Die KP Chinas beteiligte sich nicht.

Revolution die inneren Widersprüche in der Haltung dieser Klasse stärker und ihre Schwankungen fühlbarer würden und daß daher die erfolgreiche Vollendung der ersten Phase in wachsendem Maße von der Fähigkeit der Kommunisten abhängt, den Weg einer konsequent revolutionären Politik zu weisen und, gestützt auf die Arbeiter und Bauern, die nationale Bourgeoisie auf diesem Wege mitzureißen. Mit anderen Worten: die Kommunisten sollten zwar auch weiterhin auf die Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie für ein nationales und demokratisches Programm nicht verzichten, aber sie sollten aktiver als bisher den Kampf um die Führung in dieser Front beginnen — nicht im Sinne eines Kampfes um den Sturz der nationalistischen Regierungen, wohl aber im Sinne eines zielbewußten Versuchs, diesen Regierungen ihre eigene Politik aufzuzwingen.

Es handelt sich bei der Wendung, die sich hier seit 1959 andeutet, nicht um einen Verzicht der Sowjets auf die bisherigen Methoden der Beeinflussung der exkolonialen und halbkolonialen Länder durch diplomatische und wirtschaftliche Unterstützung, wohl aber um die neue Überzeugung, daß diese Unterstützung von außen zur Lenkung des revolutionären Entwicklungsprozesses dieser Länder nicht genügt und durch eine aktivere Rolle der Kommunisten im Inneren ergänzt werden muß. Nicht zufällig beginnt mit dem Herbst 1959 mit der Gründung der Zeitschrift *The African Communist* — die offiziell von der illegalen Kommunistischen Partei Südafrika in London herausgegeben, faktisch aber als internationales Führungsorgan für das ganze schwarze Afrika aufgezogen ist — eine systematische Kampagne zur Organisation kommunistischer Parteien im tropischen Afrika, die bis dahin nicht bestanden. Um die gleiche Zeit erfolgt eine systematische Aktivierung der Rolle der kommunistisch kontrollierten Gewerkschaften in den unterentwickelten Ländern. Im Juni 1960 nimmt die Pekinger Tagung des Generalrats des Weltgewerkschaftsbundes eine Resolution an, in der es heißt, die Aufgabe der Arbeiterorganisationen in kolonialen und exkolonialen Ländern sei, die führende Rolle in der Bildung und Konsolidierung einer nationalen Einheitsfront zu übernehmen, die auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern gegründet sei und alle anderen antikolonialen Kräfte um sich sammeln müsse¹⁵⁾: Hier taucht die Formel vom Kampf um die führende Rolle in einer nationalen Einheitsfront zum erstenmal wieder in

einer offiziellen kommunistischen Direktive auf.

Ihre klassische Formulierung findet diese neue Strategie dann in der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen Parteien vom Dezember 1960 in den Formeln von der „national-demokratischen Front“ und vom Kampf für einen „unabhängigen Staat der nationalen Demokratie“. Es heißt dort über den Charakter der angestrebten Front:

„Die vordringlichen Aufgaben der nationalen Wiedergeburt können in den Ländern, die das Kolonialjoch abgeworfen haben, nur dann erfolgreich gelöst werden, wenn ein entschlossener Kampf gegen den Imperialismus und die Überreste des Feudalismus geführt wird und sich alle patriotischen Kräfte der Nation zur nationalen, demokratischen Einheitsfront zusammenschließen. Festigung der politischen Selbständigkeit, Agrarreformen im Interesse der Bauernschaft, Abschaffung der Überreste des Feudalismus, Beseitigung der ökonomischen Wurzeln der Herrschaft des Imperialismus, Beschränkung und Verdrängung der ausländischen Monopole aus der Wirtschaft, Aufbau und Entwicklung der nationalen Industrie, Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, Demokratisierung des öffentlichen Lebens, unabhängige friedliebende Außenpolitik, Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern und anderen befreundeten Ländern — das sind die gesamt-nationalen demokratischen Aufgaben, zu deren Lösung sich die fortschrittlichen Kräfte der Nation in den Ländern, die sich befreit haben, zusammenschließen können und tatsächlich zusammenschließen.“¹⁶⁾

Und entsprechend lautet die Definition des angestrebten Regimes für diese Länder:

„Unter den jetzigen historischen Verhältnissen entstehen in vielen Ländern günstige internationale und innere Voraussetzungen für die Bildung eines unabhängigen Staates der nationalen Demokratie, d. h. eines Staates, der konsequent seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verteidigt, der gegen den Imperialismus und seine Militärblocks, gegen die Militärstützpunkte auf seinem Territorium kämpft; eines Staates, der gegen die neuen Formen des Kolonialismus und das Eindringen des imperialistischen Kapitals kämpft; eines Staates, der die diktatorischen und despotischen Methoden der Verwaltung ablehnt; eines Staates, in dem das Volk die breitesten demokratischen Rechte und Freiheiten (Freiheit des Wortes, der Presse,

15) WGB, Nr. 7/1960.

16) Neues Deutschland, 6. 12. 1960.

der Versammlungen, der Demonstrationen, der Bildung politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen) genießt, in dem es die Möglichkeit besitzt, sich für eine Agrarreform und für die Verwirklichung anderer Forderungen nach demokratischen und sozialen Umgestaltungen, nach Mitbestimmung der Staatspolitik einzusetzen. Mit ihrer Entstehung und Festigung ergibt sich für die nationaldemokratischen Staaten die Möglichkeit, auf dem Wege des sozialen Fortschritts rasch voranzukommen und im Völkerkampf für den Frieden, gegen die Aggressionspolitik des imperialistischen Lagers und für die restlose Beseitigung des Kolonialjochs eine aktive Rolle zu spielen.“¹⁷⁾

Es handelt sich in beiden Formulierungen (und übrigens auch in den entsprechenden Formulierungen des Programms der KPdSU von 1961) im wesentlichen um die gleichen Forderungen — Forderungen der Vollendung der ersten Phase der antikolonialen Revolution. Das Neue gegenüber den klassischen Formulierungen der Leninschen Strategie einerseits, gegenüber der diplomatischen Phase von 1954 bis 1958 andererseits ist einmal die scharfe Herausarbeitung der Tatsache, daß die Erringung der politischen Unabhängigkeit noch nicht die Vollendung der ersten Phase bedeutet, sondern im Gegenteil erst die günstigsten Voraussetzungen für die Schaffung einer breiten Einheitsfront im Kampf um die Vollendung dieser Phase schafft. Zum anderen aber wird hier klargemacht, daß diese Front zwar nicht, wie Mao Tse-tung lehrte, nur unter der Führung der Kommunisten zustande kommen kann, daß aber der gemeinsame Kampf dieser Front der Weg ist, auf dem die Kommunisten schon in der ersten Phase der Revolution die Führung erringen müssen, um damit den günstigen Ausgangspunkt für die zweite Phase zu gewinnen.

Kein geringerer als Chruschtschow selbst hat diese Konsequenz nachdrücklich hervorgehoben. In dem offiziellen Bericht, den er am 6. Januar 1961 über die Konferenz der 81 Parteien erstattete, heißt es:

„Die richtige Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie in den Ländern, die sich befreit haben, besteht gerade darin, . . . Formen zu finden für den Zusammenschluß aller gesunden Kräfte der Nation, zur Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in der nationalen Front, im Kampf für die entschlos-

sene Ausrottung der Wurzeln des Imperialismus und der Überreste des Feudalismus, für die Freilegung des Weges, der letzten Endes zum Sozialismus führt.“¹⁸⁾

Deutlicher kann der Charakter des Kampfes um die „nationale Demokratie“ als eines Übergangs zur Gewinnung der Ausgangspunkte für den Kampf um die volle kommunistische Herrschaft wohl kaum herausgearbeitet werden.

Von der ökonomischen Seite her besteht diese Übergangsfunktion der Strategie der „nationalen Demokratie“ darin, daß mit ihrer Hilfe die exkolonialen oder halbkolonialen Länder auf den „nichtkapitalistischen Weg“ der Entwicklung gelenkt werden sollen, wie Boris Ponomarew, der als Sekretär des ZK der KPdSU für die Beziehungen mit den kommunistischen Parteien in den nichtkommunistischen Ländern verantwortlich ist, in einem Artikel im Sommer 1961 ausführte¹⁹⁾. Eine radikale Agrarreform und der Aufbau eines starken staatlichen Sektors im Wirtschaftsleben im Konflikt mit den ausländischen Monopolen sind einerseits Bedingungen der Vollendung der ersten, antifeudalen und antiimperialistischen Phase der Revolution; andererseits schaffen sie die Grundlagen für einen Weg der Industrialisierung, der eine volle Entwicklung auch des heimischen Kapitalismus vermeidet, und führen damit direkt in die zweite, sozialistische Phase der Revolution hinüber. Im Parteiprogramm der KPdSU von 1961 wird die Wahl zwischen dem kapitalistischen und dem „nichtkapitalistischen“ Weg für die Entwicklungsländer bereits ausdrücklich mit der Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus gleichgesetzt.

In seinem Bericht über das Programm auf dem XXII. Parteitag hob Chruschtschow hervor, daß die Vollendung der antiimperialistischen Revolution auf diesem Wege den Übergang zum „Sozialismus“ für alle unterentwickelten Länder ermögliche: „In der gegenwärtigen Epoche kann praktisch jedes Land — unabhängig von seiner Entwicklung — den zum Sozialismus führenden Weg beschreiten.“²⁰⁾ Als Beispiel für diese Möglichkeit werden neuerdings immer häufiger die Entwicklung der zentralasiatischen Sowjetrepubliken von Cho-

18) N. S. Chruschtschow, „Für neue Siege der kommunistischen Weltbewegung“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 1/1961.

19) B. Ponomarew, „O gossudarstwe nazionalnoj demokratii“, Kommunist, Nr. 8/1961.

20) Neues Deutschland, 20. 10. 1961.

17) Ebenda.

resm und Buchara von 1920 zu „Sozialistischen Sowjetrepubliken“ im Rahmen der Sowjetunion sowie der „sozialistische Aufbau“ in der Mongolischen Volksrepublik angeführt²¹⁾).

Die Überzeugung, daß die sozialistische Entwicklung solcher Länder nur in engster Anlehnung an das sowjetische Imperium möglich sei, wird an diesen Beispielen ganz deutlich.

Um die Möglichkeit des „dritten Weges“

Die neue sowjetische Strategie der nachkolonialen Revolution und die damit verbundene Reaktivierung der Kommunisten in den exkolonialen Länder beruht also auf der theoretischen Grundannahme, daß für diese Länder das Einschlagen des „sozialistischen Weges“ unter kommunistischer Führung die einzige Alternative zum Verharren in Abhängigkeit vom „imperialistischen Weltsystem“ und von kapitalistischen Monopolen sei: Ein dritter selbständiger Entwicklungsweg zwischen „imperialistischem Block“ und Sowjetblock, zwischen dem kapitalistischen und dem kommunistischen Entwicklungsmodell ist nach dieser Auffassung nicht möglich.

Dies ist der Grund, warum parallel mit der neuen Strategie sich die kommunistische Polemik gegen alle jene geistigen Strömungen verschärft hat, die für die unterentwickelten Länder ein eigenes Programm des nationalen (arabischen, afrikanischen, indonesischen etc.) Sozialismus zu entwerfen suchen. So gern die Kommunisten bereit sind, sich mit „bürgerlich-nationalistischen“ Kräften für ein „national-demokratisches“ Programm der Agrarreform, der Enteignung des ausländischen Kapitals und des Aufbaus einer staatlichen Industrie zu verbünden, so erbittert protestieren sie, wenn die nationalistischen Führer ein derartiges Programm als „sozialistisch“ und sich selbst als Sozialisten bezeichnen²²⁾: Sozialismus ist nach kommunistischer Auffassung nur jenes sowjetische System der totalen Verstaatlichung und Agrarkollektivierung, das außer ihnen niemand will und das daher nur unter ihrer Diktatur möglich ist.

Doch die nationalistischen Führer der exkolonialen Länder verweigern die Unterwerfung unter die kommunistische Terminologie, eben

weil sie dies kommunistische Endziel nicht teilen. Indem sie ihr eigenes Programm der ökonomischen und sozialen Reformen, ihre eigenen eklektischen Mischsysteme von staatlicher Planung und individueller Initiative als sozialistisch bezeichnen, drücken sie damit aus, daß sie weder diese Reformen noch ihre eigene Herrschaft als bloße Übergangsphasen zum Siege der Kommunisten und des sowjetischen Systems betrachten, sondern eine erfolgreiche Modernisierung ihrer Länder auf einem Wege für möglich halten, der sowohl vom klassischen liberalen Kapitalismus des Westens wie vom kommunistischen Modell des Sowjetblocks wesentlich verschieden ist. Wenn ein nationalistischer Führer in diesen Ländern sich „sozialistisch“ nennt, so ist das also nicht ein Anzeichen dafür, daß er den Kommunisten nahesteht, sondern im Gegenteil dafür, daß er sich als Vertreter einer selbständigen Alternative zum kommunistischen Entwicklungsmodell betrachtet.

Dieser Wille der exkolonialen Nationalisten, einen eigenen dritten Entwicklungsweg zu gehen, ist vor allem auch dadurch gestärkt worden, daß die „imperialistischen“ Mächte sich gegenüber den nationalistischen Bestrebungen der Entwicklungsländer nicht generell so verhalten, wie es die kommunistische Theorie voraussagt. Es hat sich bestätigt, daß exkoloniale und halbkoloniale Länder oft in heftige Konflikte mit den Interessen großer Konzerne kommen, aber es hat sich nicht bestätigt, daß die Westmächte in solchen Fällen generell als bloße Sachwalter dieser Konzerninteressen reagieren. In der Praxis steht dem Druck dieser Interessen auf ihre heimischen Regierungen das höhere politische Interesse dieser Regierungen daran gegenüber, die Entwicklungsländer nicht in die Arme des Sowjetblocks zu treiben; und während sich in einzelnen Fällen das Gewicht der Konzerne in ihren Heimatländern politisch durchsetzt, erweist sich in der Mehrzahl der Fälle (und natürlich fast immer in den weniger direkt betroffenen westlichen Ländern) das politische Bemühen um die Erhaltung der Freundschaft der neutralen Nationalisten als stärker. Diese Konstellation, die sich vor allem auch in der amerikanischen Taktik in den Vereinten Nationen äußert, ist nun die Grundlage dafür, daß

21) Siehe z. B. M. G. Kiritschenko, „O nesawissimom gossudarstwe nazionalnoj demokratii“, Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo, Nr. 11/1961; und J. Zedenbal, „Vom Feudalismus zum Sozialismus“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 3/1961.

22) Vgl. insbesondere die wiederholten Angriffe des führenden sowjetischen Afrikanisten I. I. Potjehin auf den „afrikanischen Sozialismus“ (u a in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 11/1961, und in: Narodi Asii i Afriki, Nr. 1/1962) und Chruschtschows Rede in Sofia vom 18. 5. 1962 in: Prawda, 20. 5. 1962.

selbst nationalistische Regierungen, die in akute Konflikte mit einzelnen westlichen Mächten verwickelt waren, nicht allgemein auf westliche Wirtschaftshilfe haben verzichten müssen, daher aber auch nicht auf die Dauer in einseitige Abhängigkeit vom Sowjetblock geraten sind.

Dies ist der von der kommunistischen Theorie nicht vorausgesehene Faktor, der es auch ausgesprochen militanten und revolutionären Nationalisten ermöglicht hat, gleichzeitig Konflikte mit westlichen Konzernen und selbst mit einzelnen westlichen Mächten durchzukämpfen und doch die Bildung einer „national-demokratischen Front“ mit ihren einheimischen Kommunisten abzulehnen oder sogar gegen diese Kommunisten vorzugehen. Die antikommunistischen Maßnahmen Nassers, die Ablehnung einer kommunistischen Regierungsbeteiligung durch Kassem, die Verbote der kommunistischen Parteien in Algerien und anderen nordafrikanischen Staaten, die scharfe Reaktion Sekou Tourés auf die Versuche kommunistischer Kaderbildung in Guinea, die zunehmende Isolierung der prokommunistischen Gruppe um Gizenga im Kongo sind alles Beispiele dafür, daß die „bürgerlichen Nationalisten“ sich nicht so verhalten, wie die kommunistische Strategie es erwartet hatte, weil sie sich nicht so zu verhalten brauchen. Von den fünf Staaten, die Ponomarew Mitte 1961 als Beispiel einer Entwicklung in national-demokratischer Richtung anführte²³⁾ — Kuba, Guinea, Ghana, Mali und Indonesien —, hat zwar Kuba die national-demokratische Stufe schnell durchschritten und ist zu einer „sozialistischen Republik“ im kommunistischen Sinne des Wortes geworden; in Guinea, Ghana und Mali dagegen wird kein organisierter kommunistischer Einfluß geduldet. Nur in Indonesien stützt sich Sukarno noch heute auf eine Front, die man auf Grund des bedeutenden kommunistischen Einflusses auf ihre Politik als „national-demokratisch“ bezeichnen kann²⁴⁾; und auch hier läßt die antikommunistische Haltung der Armee den Ausgang ungewiß erscheinen.

23) Siehe Anm. 19.

24) Manches spricht dafür, daß die Praxis der indonesischen KP — der bei weitem bedeutendsten eines exkolonialen Landes — als Vorbild für die neue Strategie gedient hat. Sie hat tatsächlich deren wesentliche Elemente, einschließlich der „national-demokratischen“ Formel, schon vor der Moskauer Deklaration von 1960 entwickelt, wie die Zitate aus Reden und Schriften ihres Führers D. N. Aidit in: J. M. van der Kroef, „Lenin, Mao and Aidit“, China Quarterly, Nr. 10 (April/Juni 1962) zeigen.

Diese Erfahrungen stellen die kommunistische Strategie nun in zunehmendem Maße vor das neue Dilemma, wie sie sich zu revolutionären nationalistischen Regimen einstellen soll, die hartnäckig in Außenpolitik und innerer Entwicklung an einem dritten Weg festzuhalten — die gleichzeitig Konflikte mit westlichen Kapitalgruppen haben und die eigenen Kommunisten unterdrücken, und die es verstehen, in einer unabhängigen, blockfreien Außenpolitik nur den eigenen Interessen zu folgen. Nach der kommunistischen Theorie müßte eine solche Politik unmöglich sein: die nationalistische Regierung eines exkolonialen Landes muß entweder im Bündnis mit den Kommunisten eine national-demokratische Politik betreiben oder durch Unterdrückung der Kommunisten zu einer reaktionären Despotie entarten und damit auf die Dauer in Abhängigkeit vom Imperialismus zurückfallen. Das ist dann auch die Auffassung, die in der sowjetischen und internationalen kommunistischen Propaganda vertreten wird, und kein Geringerer als Chruschtschow hat sie sich in seiner Warnung an solche nationalistischen Führer vom Frühjahr 1962 zu eigen gemacht²⁵⁾.

Aber wenn die sowjetische Diplomatie in der Praxis vor die Frage gestellt wird, ob sie nun tatsächlich die exkolonialen Länder in fortschrittliche nationale Demokratien und reaktionäre Despotien einteilen und Wirtschaftshilfe nur noch den ersteren gewähren, den letzteren aber verweigern will, so schreckt sie aus guten Gründen vor dieser Konsequenz zurück. Denn die sowjetische Staats- und Parteiführung weiß, was die kommunistische Theorie leugnet — daß auch diejenigen nationalistischen Diktaturen, die ihre eigenen Kommunisten rücksichtslos unterdrücken, außenpolitisch unabhängig sind und bleiben wollen; und sie weiß auch, daß ein Versuch, die Verweigerung wirtschaftlicher Hilfe als innerpolitisches Druckmittel zu gebrauchen, diese Staaten gegen ihren Willen in die Arme des Westens treiben würde. Die Wirtschaftshilfe an Nasser, an Kassem, an Nehru wird so gleichzeitig mit den propagandistischen Angriffen auf diese Führer fortgesetzt²⁶⁾. Die sowjetische Außenpolitik beruht auf dem Faktum, daß diese Länder den dritten Weg gehen können, dessen Möglichkeit die kom-

25) In der Anm. 22 zitierten Rede in Sofia.

26) In einem Artikel über „Soviet Aid and its Critics“ in den Moskauer International Affairs, Nr. 6/1960, heißt es, offenbar in Abwehr chinesischer Vorwürfe, die Sowjets gewährten wirtschaftliche und technische Hilfe an exkoloniale Länder „von Regierung zu Regierung, an die Nationen und nicht an einzelne Klassen innerhalb derselben“.

munistische Theorie leugnet; und sie trägt mit dazu bei, ihr weiteres Fortschreiten auf diesem Weg zu ermöglichen.

Gerade diese Inkonsequenz ist nun einer der Ansatzpunkte der chinesischen Kritik an der sowjetischen Politik gegenüber den neutralen exkolonialen Ländern. Die chinesischen Kommunisten haben allem Anschein nach an der Ausarbeitung der Strategie der nationalen Demokratie keinen aktiven Anteil genommen: sie haben die Formel in der Moskauer Erklärung der 81 kommunistischen Parteien zwar mit unterschrieben, haben aber seither keinen Gebrauch davon gemacht²⁷⁾ und halten theoretisch an ihrer alten Formel der „neuen Demokratie“ bzw. der „volksdemokratischen Diktatur“, also der ausschließlichen Führung der Kommunisten schon in der ersten Phase der Revolution fest²⁸⁾.

In der Tat gibt es in der sowjetischen Strategie der „nationalen Demokratie“ Elemente, die mit dem grundsätzlichen Standpunkt unvereinbar sind, den die chinesischen Kommunisten in den ideologischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre vertreten haben. Dies gilt insbesondere für die sowjetische Annahme, der Übergang von der bürgerlich-nationalistischen zur kommunistischen Führung in der nationalen Einheitsfront und dann auch in der Regierung könne sich unter günstigen Bedingungen friedlich vollziehen: Nach dem chinesischen Dogma, das erst neuerdings wieder mit größter Entschiedenheit wiederholt worden ist, ist kein Übergang von einer „bürgerlichen Regierung“ zu einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ unter kommunistischer Führung ohne die gewaltsame Zerschlagung des alten Staatsapparats²⁹⁾.

Im Zusammenhang damit sind die Chinesen auch skeptisch über den fortschrittlichen Charakter einer Ausdehnung des staatlichen Sektors im Wirtschaftsleben nichtkommunistischer Staaten. Die Sowjets sehen solchen „Staatskapitalismus“ nicht nur an sich als einen Fortschritt im Vergleich zum Privatkapitalismus an³⁰⁾, sondern erblicken darin auch

eine Chance für die Kommunisten, im Rahmen der Einheitsfront schließlich Positionen im Wirtschaftsleben zu besetzen und damit auch ihren politischen Einfluß auszudehnen. Die Chinesen dagegen befürchten, das Anwachsen des staatlichen Sektors unter einer bürgerlichen Regierung könne zur Entwicklung einer Art von „bürokratischem Kapitalismus und Feudalismus tendieren³¹⁾: sie denken dabei an die Ausnutzung des öffentlichen Sektors für die private Bereicherung führender Politiker und ihrer Familien, wie das unter dem Kuomintang-Regime auf dem chinesischen Festland zeitweise der Fall war.

Diese Skepsis der chinesischen Kommunisten gegenüber der Strategie der nationalen Demokratie bedeutet freilich nicht, daß sie in ihrer Außenpolitik jede Unterstützung bürgerlich-nationalistischer Regierungen doktrinär ablehnen. Man kann eher sagen, daß sie diese Frage von den Perspektiven der kommunistischen Strategie im Innern dieser Länder völlig trennen und die Zweckmäßigkeit solcher Unterstützung ausschließlich nach dem unmittelbaren außenpolitischen Nutzen beurteilen. Sie gewähren sie anscheinend nur in zwei Gruppen von Fällen: Bei der einen Gruppe handelt es sich um Nachbarländer, die gleichzeitig unter starkem chinesischem Druck stehen und so trotz Schwäche oder totalem Fehlen der kommunistischen Bewegung im Innern dazu tendieren, zu einer Art Pufferstaaten des kommunistischen Chinas zu werden, wie das in zunehmendem Maße bei Burma, Kambodscha und Nepal der Fall ist; die andere Gruppe sind Staaten und nationalistische Bewegungen, die gerade in akute Konflikte mit dem Westen verwickelt sind oder bei solchen Konflikten Hilfe leisten, wie etwa Algerien während des Unabhängigkeitskampfes und Marokko als Basis der Hilfe für diesen Kampf, Guinea als Hilfsbasis für die Aufstände in Kamerun und Angola usw. In solchen Fällen sind die Chinesen durchaus bereit, die Unterdrückung der lokalen Kommunisten zu übersehen.

Dagegen lehnen die chinesischen Kommunisten die Unterstützung von starken, unabhängigen Neutralen, die sich in keinem akuten Konflikt mit dem Westen befinden, entschieden ab — nicht nur im Falle von Indien, sondern auch Ägypten nach 1958; und sie werfen der sowjetischen Politik vor, daß sie durch ihre Hilfe an solche Länder dazu beiträgt, Regime zu festigen, die unter dem Vorwand des „dritten Weges“ sich tatsächlich in einer

27) Die Resolution des ZK der KP Chinas zur Annahme der Moskauer Deklaration (in Peking Review, Nr. 4/1961) erwähnt die Formel nicht.

28) Siehe Li Wei-han, „The Chinese People's Democratic United Front, its Special Features“, Hongtschi, Nr. 12/1961; englisch in Peking Review, 18. J., 25. 8., 1. 9. 1961.

29) Siehe insbesondere den Kommentar der Peking Volkszeitung, 6. 10. 1960, und der chinesischen Parteizeitschrift Hongtschi (Rote Fahne), 2. 11. 1960, aus Anlaß des Erscheinens des vierten Bandes der Werke Maos.

30) So B. Ponomarew in dem in Anm. 19 zitierten Artikel.

31) Wang Chia-hsiang in Hongtschi, 1. 10. 1959.

reaktionären Richtung entwickeln. Man kann sagen, daß Peking in der Praxis nach dem Dogma der Unmöglichkeit eines dritten Weges handelt, das Moskau nur propagandistisch verkündet. Peking nimmt dabei bewußt in den Kauf, daß es sich für den Augenblick vom praktischen Einfluß auf die Entwicklung dieser Länder ausschaltet. Es geht offenbar von der

Erwartung aus, daß die wirklichen Chancen der Kommunisten sich dort erst später in einer ganz neuen revolutionären Welle ergeben werden, nachdem die bürgerlichen Nationalisten an den Problemen der Modernisierung gescheitert sind und sich als Reaktionäre entlarvt haben — ganz so wie dies seinerzeit in China der Fall war.

Die Chancen des Kommunismus in den Entwicklungsländern

Unser Überblick hat gezeigt, daß die kommunistische Analyse der Probleme der kolonialen bzw. exkolonialen und halbkolonialen Länder neben richtigen Teilerkenntnissen grundlegende Fehler aufweist — Fehler, die durch keine der von uns geschilderten strategischen und taktischen Wendungen haben beseitigt werden können. Falsch im Ansatz war die Einschätzung der national-revolutionären Bewegungen dieser Länder — der Versuch, ihre spezifische Führungsschicht aus Intellektuellen und Militärs als „nationale Bourgeoisie“ zu charakterisieren, und die daraus resultierende Leugnung der Möglichkeit, daß diese Gruppe für ihre Länder einen Entwicklungsweg weisen könnte, der sich vom Weg des westlichen Kapitalismus wesentlich unterscheidet. Falsch war die Vorstellung, die Wirtschaft des Westens sei auf Leben und Tod auf koloniale Ausbeutung angewiesen, und die imperialistischen Staaten müßten sich darum der Entkolonisierung und der Aufhebung der Privilegien ihrer Monopole in jedem Fall widersetzen. Falsch war und ist daher die auf beiden Annahmen beruhende Folgerung, nationale Befreiung sei nur im revolutionären Kampf gegen den Westen mit kommunistischer Hilfe, nichtkapitalistische Modernisierung nur unter kommunistischer Führung möglich. Der politische Weitblick einer Reihe von westlichen Regierungen und ihre Emanzipation vom Druck der unmittelbar betroffenen Sonderinteressen einerseits, der undoktrinäre, wirtschaftlich eklektische und außenpolitische neutralistische Modernisierungswille vieler nationalistischer Führer andererseits sind die Faktoren, welche die kommunistischen Erwartungen wieder und wieder durchkreuzt und immer neue Revisionen der Strategie erzwungen haben.

Damit soll nicht etwa nun das umgekehrte Dogma aufgestellt werden, der Kommunismus habe in den Entwicklungsländern keine Erfolgchancen mehr. Erstens gibt es auch heute noch Restbestände hartnäckig verteidigter

Kolonialherrschaft und weißer Rassensuprematie; und je länger und zäher diese Positionen verteidigt werden, je weniger eine neue Führungsschicht aus den Reihen der bisherigen Kolonialvölker rechtzeitig auf die Übernahme der Macht in einem unabhängigen Staat vorbereitet wird, desto größer ist die Gefahr einer schließlichen blutigen Explosion, die den Kommunisten die Aussicht auf Übernahme der Führung in einem „revolutionären Befreiungskrieg“ eröffnet.

Zweitens kann sich auch in exkolonialen oder halbkolonialen Ländern die Art von Konflikten mit westlichen Kapitalinteressen wiederholen, die Ägypten 1956 und den Kongo 1960 nahezu in die Arme des Sowjetblocks getrieben hätten, und die im Falle Kubas tatsächlich so geendet hat. Solche Wiederholungen sind nicht zwangsläufig, wie die Kommunisten meinen, doch sie sind ebensowenig grundsätzlich ausgeschlossen: ob sie eintreten oder nicht, hängt von der Politik des Westens ab.

Drittens sind die Probleme der unabhängigen Modernisierung unterentwickelter Länder mit ihren oft höchst ungünstigen demographischen, institutionellen und kulturellen Voraussetzungen so schwer, daß die Möglichkeit ernst genommen werden muß, daß manche der unabhängigen nationalistischen Regime selbst bei größter Einsicht und Hilfsbereitschaft des Westens an ihnen scheitern. In solchen Fällen besteht grundsätzlich die Möglichkeit, daß die Kommunisten sich, wie seinerzeit in China, zu Führern einer neuen revolutionären Welle machen.

Grundsätzlich zeigen diese Überlegungen, daß die Chancen der Kommunisten in den Entwicklungsländern um so geringer sind, je glatter der Übergang von der Kolonialherrschaft zur Unabhängigkeit vollzogen und je erfolgreicher die Lösung der Modernisierungsprobleme unter selbständiger nationaler Führung in Angriff genommen werden. Die Alternative zum Kommunismus in diesen Ländern ist nicht die Aufrechterhaltung der Kolonial-

herrschaft oder der Herrschaft autoritärer, oligarchischer Gruppen, die mit dem Fremdkapital verbunden sind. Sie liegt auch nicht im Versuch der Nachahmung des klassischen westlichen Entwicklungsmodells, für die in den meisten dieser Länder so entscheidende Voraussetzungen wie die Existenz einer breiten, unabhängigen, produktionsgesinnten und investitionswilligen Mittelschicht völlig fehlen. Sie liegt gerade in den verschiedenen Vari-

anten jenes „dritten Weges“, der staatliche Planung und öffentliche Investitionen mit der Heranziehung aller verfügbaren privaten Initiative kombiniert, und der sich sowohl vom liberalen Kapitalismus wie vom doktrinären Kommunismus scharf unterscheidet. Die Hoffnung der Kommunisten ist heute wie zu Lenins Zeiten, daß ein solcher dritter Weg sich als ungangbar erweisen möge. Es ist das Lebensinteresse des Westens, sie zu widerlegen.